

Let's work as if there is hope

Klimawandel und andere Schmerzen

Schon während die Welt Anfang Dezember noch das Pariser Klimaabkommen feiert, hadert der Kieler Klimaforscher Mojib Latif mit dem neuen Klimavertrag. Er kritisierte direkt nach Abschluss der UN-Klimakonferenz, die Länder hätten sich lediglich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt, das Abkommen enthalte zu viel Spielraum und wenig Konkretes. Mit den ausgehandelten Zielen sei die vereinbarte Begrenzung der Erderwärmung nicht zu schaffen. Aber entscheidend sei ohnehin die Umsetzung, in der in den kommenden Jahren viel nachverhandelt und konkretisiert werden müsse. Wir sehen das ähnlich. Die wirkliche Arbeit fängt jetzt erst an - aber wir haben unsere Zweifel, warum sie dann besser von der Hand gehen sollte als bisher?

Denn die Freude über das Pariser Klimaabkommen darf nicht vergessen lassen: 2015 war ein Jahr schwerer Krisen und Umbrüche, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind - Krisen, die sogar das Potential haben, die Welt, die gewohnte Ordnung und unsere Demokratien zu erschüttern. Was erwartet uns? War der Wärmeeinbruch mit Plustemperaturen in der Arktis mitten

im Winter eine einmalige Ausnahme-wetterlage oder eine Vorankündigung auf künftige noch längere Erscheinungen? Nimmt die Zuwanderung von Flüchtlingen bald ab oder stehen wir erst am Anfang einer noch größeren Welle? Wie werden die europäischen Gesellschaften die Integration all der zusätzlichen Menschen verkraften und zu welchen Gegenreaktionen wird es kommen? Welche Langzeitfolgen für die deutsche Automobilindustrie hat der groß angelegte Abgasbetrug von VW? Wie überstehen vom Ölexport abhängige Länder die Einkommensausfälle aufgrund der unsinnigen Überproduktion und einhergehender Dumpingpreise? Wie steht es um die Ernährungssicherheit, wenn klimawandelbedingt ganze Landstriche unproduktiv oder Bewässerung unmöglich werden? Gibt es Kippeffekte, die ganze Ökosysteme zusammenbrechen lassen, wenn beispielsweise der Trockenstress zu groß wird?

Die meisten dieser bedrohlichen Krisen sind menschengemacht, sie haben ihre Wurzeln in nicht nachhaltigem Handeln, in einem Mangel an globaler Gerechtigkeit, in der weltweiten Raubbauwirtschaft, in der Teilung der Welt aus strategischen Überlegungen in gute/nützliche und böse Diktaturen und ganz allgemein in nicht zukunftsfähiger Politik. Unsere Demokratie und der abendländische Lebensentwurf

wird nicht nur durch Terror bedroht, sondern zunehmend durch die Selbstentmachtung der Gesellschaft, die diverse Freihandelsabkommen, eine vollkommen unzeitgemäße Steuer- und Finanzpolitik (Stichwort: Steuerschlupflöcher, Transaktionssteuer) und die zunehmende Beschränkung der Rechte aller Gruppierungen, die der Verkonsumierung der letzten Ressourcen und Naturschätze weltweit im Weg sein könnten (insbesondere die In-

Inhalt

- 2 Die Welt im Klimawandel
- 3 Raus aus den Fossilen
- 4 Klimaabkommen Paris
- 5 Sicht der Indigenen
- 6 REDD: Waldschutz ist mehr als eine CO₂-Bilanz
- 8 Von Nachhaltigkeit zu Green Economy
- 10 Rückkehr der großen Dämme
- 11 Staudamm Belo Monte
- 12 Deutsche Firmen & Belo Monte
- 13 Brasilien: Kampf der Demokratie gegen Ureinwohner
- 14 ILO 169: Indigene unter Druck
- 15 Appell Kerosinsteuer
- 16 Nicaragua: Transozeanischer Kanal
- 18 Indonesien brennt
- 19 RSPO: Zertifizierung Palmöl
- 20 Raubbau: Rumänische Wälder
- 21 EU: Illegaler Holzhandel
- 23 Weltwärts
- 24 In Stichpunkten: Rückblick 2015
- 27 Impressum, Interna: Büro
- 28 Patenschaft Umweltschützer



Die Pariser Konferenz hat unsere Message gelesen. Ob Taten folgen, wird die Zukunft zeigen

digenen Völker) sowie ein auf Raubbau ausgelegtes Wirtschaftssystem, zulässt. Auch wenn, oder gerade weil man meinen könnte, vielen Bürgerinnen und Bürgern wäre der Schnäppchenpreis für einen Wochenendflug nach Barcelona oder London wichtiger als das Überleben der Eisbären, sollte man es mit unserem Partner Miguel halten: **Let's work as if there is hope ... wir machen weiter, als ob Hoffnung wäre** - oder wenigstens eine Kerosinsteuer, die den verursachten Klimaschaden halbwegs reparieren hilft.

Wie der Klimawandel die Welt verändert

■ Der Kollaps des Amazonasregenwaldes ist denkbar

Im Herbst 2015 zeichnete es sich bereits ab, dass das Jahr 2015 das wärmste seit Messbeginn werden wird. Und mit 1,14 Grad wird erstmals das vorindustrielle Niveau um mehr als ein Grad überschritten. Geht es in diesem Tempo mit der Erwärmung weiter, wird in 50 Jahren die 2-Grad-Marke erreicht. Aber was genau bedeutet das, was sind die Folgen dieser Erwärmung?

Vom drohenden **Anstieg des Meeresspiegels** haben vermutlich alle von uns schon gelesen und gehört. Bis 2100 kann er um bis zu einen Meter ansteigen, wenn die Temperaturen in bisherigem Maße weiter zunehmen. Hinzu kommt noch geschmolzenes Festlandeis, etwa von Gletschern. Der immer weiter ansteigende Meeresspiegel könnte niedrig liegende Küstengebiete und -städte überfluten, die zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Erde gehören. Ein Zehntel der Weltbevölkerung lebt in Küstennähe auf Flächen, die sich weniger als zehn Meter über dem heutigen Meeresspiegel befinden. In Bangladesch liegen 17 Prozent der Landesfläche nicht mehr als einen Meter über dem Meeresspiegel - auf dieser Fläche leben 35 Millionen Menschen.

Zunehmende Wetterextreme werden die spürbarsten Folgen des Klimawandels sein. Die zunehmende Wärme wird den Wasserkreislauf der Erde intensivieren: Dürren, Überschwemmungen und Stürme nehmen zu. Wo es heute trocken ist, wird es noch trockener werden, wo es bereits heute Überschwemmungen gibt, werden sie sogar noch zunehmen. Auch zu Verschiebungen der Niederschlagsgürtel wird es kommen: Die trockenen Gebiete um den 30. Breitengrad verschieben sich in höhere Breiten. In der Folge werden schon bei einer Erhöhung der Temperatur um zwei Grad Celsius das südliche Afrika und die Mittelmeerregion um 20 bis 30 Prozent weniger Wasser verfügen als heute.

Die Folgen des Klimawandels auf die **Ökosysteme** sind unabsehbar. Pflanzen reagieren sowohl auf die Änderung des Wasserhaushalts als auch der Temperatur. Eine Erhöhung um mehrere Grad würde tief greifende Auswirkungen

haben, denn sie übersteigt die Anpassungsfähigkeit vieler Tiere und Pflanzen und würde daher zu einer weiteren Verschlimmerung des Artensterbens führen. Besonders empfindliche Ökosysteme sind bereits jetzt beeinträchtigt - neben Korallenriffen und tropischen Hochlandwäldern vor allem alpine und arktische Ökosysteme, wie etwa die schwindenden Überlebenschancen der Eisbären zeigen.

Sogar der **Kollaps des Regenwaldes** Amazoniens ist denkbar, denn der zunehmende CO₂-Gehalt in der Luft führt dazu, dass die Pflanzen weniger Wasser verdunsten. Der Niederschlag im Amazonasgebiet ist größtenteils selbst gemacht, d.h. das Wasser stammt aus der pflanzlichen Transpiration, und würde sich somit reduzieren. Eine Verdopplung des CO₂-Gehalts könnte nach Modellrechnungen das Ende der Amazonas-Regenwälder bedeuten, was den Klimawandel nur weiter beschleunigen würde. Acht Prozent allen Kohlenstoffs, der in der Vegetation und den Böden der Erde gespeichert ist, würde dann freigesetzt werden. In den letzten Jahren ist im Amazonasgebiet bereits eine zunehmende Trockenheit festzustellen. Auch die borealen Nadelwälder des Nordens spüren den Klimawandel oder werden ihn zu spüren bekommen. Sommerhitze und Trockenheit sowie zunehmende Waldbrände könnten große Teile der Wälder vernichten und noch mehr klimaschädliches CO₂ freisetzen.

In der **Forstwirtschaft** in Deutschland ist der Klimawandel inzwischen auch angekommen und es findet langsam ein Umdenken statt. Weg von der Fichtenmonokultur, hin zu Mischwäldern. Denn die Fichte gilt als besonders empfindlich gegenüber den prognostizierten Klimaveränderungen, während Laubbäumen wie Ahorn, Esche und Buche eine relativ hohe Klimaresistenz nachgesagt wird. Weil der Wald unter den Veränderungen der Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse leiden wird - die Waldbrandgefahr wird zunehmen - werden sogenannte staatliche Waldumbauprogramme vorangetrieben. In Bayern sollen beispielsweise bis 2020 rund 100.000 Hektar von insgesamt rund 260.000 Hektar Fichtenbeständen

im Privat- und Körperschaftswald in klimatolerante Mischwälder umgewandelt werden.

Bereits 2001 warnte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) vor zunehmender **Ernährungsunsicherheit** in Entwicklungsländern durch die Auswirkungen des Klimawandels. Insbesondere die ländliche Bevölkerung ist stark gefährdet. Das Klima ist für die Ernährungssicherheit nicht der einzige, jedoch ein sehr wesentlicher Faktor. Zwar geht man bei einer Verdoppelung der CO₂-Konzentration und dem damit verbundenen Temperaturanstieg davon aus, dass die durchschnittlichen Ernteerträge erhalten bleiben, allerdings werden sie regional völlig anders verteilt sein. Während die Erträge in den reichen Ländern des Nordens steigen, werden in Ländern des Südens Dürren und Wetterextreme den Hunger verstärken.

Die **Landwirtschaft** weltweit wird sich auf sich verändernde Bedingungen einstellen müssen. Die Wachstumsbedingungen sind insbesondere von den Witterungsbedingungen eines Standortes abhängig. In einigen Regionen könnte sich die Wachstumsperiode um drei bis vier Wochen verkürzen, in anderen verlängern. Die Ernteerträge sind auch davon abhängig, wie der zunehmende CO₂-Gehalt in der Atmosphäre auf die Pflanzen wirkt. Das Wachstum sogenannter C3-Pflanzen wie Weizen, Soja und Reis wird von einem erhöhten CO₂-Gehalt in der Atmosphäre profitieren, während typischerweise in Entwicklungsländern angebaute C4-Pflanzen, wie Mais, Sorghum, Hirse und Zuckerrohr darunter eher leiden werden.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.ipcc.ch

www.wald.org/r/klimawandelmacht

Dies ist nur eine kleine Auswahl der Klimafolgen, nicht näher ausgeführt sind die Auswirkungen auf die Ozeane, die Gesundheit, die Wasserversorgung oder mögliche Migrationsbewegungen durch Klimaflüchtlinge.

Katastrophe voraus: Schnell raus aus den Fossilen

■ Klimaschutz von unten ist nötiger denn je - wir sind eifrig dabei

Wir schreiben das Jahr 2024. Simbabwe wird das dritte Mal in den letzten acht Jahren von einer extremen Dürre heimgesucht. Die Folgen sind massive Ernteausfälle und verheerende Viehsterben. Auslöser für die außergewöhnliche Trockenheit ist das Wetterphänomen El Niño, das nun das vierte Mal in Folge schon zunehmend extremer ausfällt. Bei dem Phänomen, das in unregelmäßigen Abständen von etwa zwei bis sieben Jahren auftritt, sammeln sich warme Wassermassen im zentralen und östlichen Pazifik, die weltweit Wetterextreme verursachen, zu denen Trockenheiten in den einen Regionen und sinnflutartige Niederschläge in anderen zählen. Die Zahl derer, die in Afrika durch die Trockenheit von Hunger bedroht sind, musste jetzt auf 120 Millionen erhöht werden. Die UN schätzt, dass allein in Äthiopien, Somalia, Eritrea und dem Südsudan mehr als 45 Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind - und über eine Million die Katastrophe nicht überleben werden. In Äthiopien melden die Behörden nach Auswertung der Daten des Hunger-Frühwarnsystem Fewsnet die schlimmste Dürre seit 60 Jahren. Im südlichen Afrika sind der UN zufolge 58 Millionen Menschen von Hunger bedroht.

Was sich wie Fiction liest, wird aller Wahrscheinlichkeit nach genauso eintreten. Und es wird bald so weit sein. Neu ist, dass die Weltgemeinschaft den menschengemachten Klimawandel inzwischen erkennt und die aus Klimamodellen resultierenden Vorhersagen (und die afrikanischen Trockenheiten werden so vorhergesagt) ernst nimmt und seit der Pariser Konferenz - wenn auch noch sehr zaghaft - alles tun will, um einen zu großen Temperaturanstieg zu verhindern. Priorität dabei ist: die weitere Freisetzung von Klimagasen zu reduzieren und was liegt näher, als beim größten Übeltäter, der Verbrennung fossiler Brennstoffe, anzufangen?

Laut IPCC-Bericht dürfen weltweit insgesamt höchstens noch 1.000 Gigatonnen CO₂ emittiert werden, soll der Temperaturanstieg unter den 2°C bleiben und der „gefährliche“ Klimawandel verhindert werden. Das wäre mit den derzeitigen Extraktionsaktivitäten bereits in 25-30 Jahren ‚abgearbeitet‘. Wissenschaftler berichten im Fachblatt ‚nature‘, dass von den heute erschließbaren fossilen Weltreserven etwa ein Drittel der Öl-, die Hälfte der Gas- und über 80 Prozent der Kohlevorkommen unangetastet im Boden bleiben müssten - und sie haben das anteilig schon auf zulässige Fördermengen pro Lieferland umgerechnet.

Die Idee, fossile Brennstoffe auch zum Schutz des Klimas nicht mehr zu fördern, ist schon 20 Jahre alt. Angesichts der Begleiterscheinungen der Ölproduktion in Ecuador forderte ‚Oilwatch‘ ein Moratorium auf neue

Förderaktivitäten - und stellte dabei schon den Zusammenhang zum Klimaschutz her. Über diverse auch regionale Protestaktionen gegen die Gewinnung/Nutzung von Kohle (USA (mountain top mining), Deutschland (Braunkohle Tagebau), Kolumbien), Erdöl (Ecuador, Kanada (Teersand)) und Erdgas (Fracking) hat die Kampagne unter dem Motto ‚Leave it in the ground‘ oder ‚Keep it in the ground‘ (dt. ‚die Fossilen im Boden lassen‘) 2015 ihre größte Kraft entwickelt.

Unter dem Dach der Organisation 350.org ist zudem eine ‚Fossil Free‘-Bewegung entstanden, die zu ‚Divestment‘ auffordert, d.h. Investoren rät, ihre Geldanlagen aus fossilen Energien abzuziehen. Das Desinvestment richtet sich dabei schwerpunktmäßig auf die 200 größten börsenorientierten Unternehmen, die im Besitz der größten Öl-, Gas- und Kohlereserven sind. Dabei geht es nicht darum, die Firmen durch das Abziehen von Investitionen in den Ruin zu treiben und die Förderung der Fossilen von heute auf morgen zu stoppen. Die Unternehmen sollen aber dazu gebracht werden, die Exploration neuer Vorkommen zu stoppen, ihre Lobbyarbeit einzustellen und sich dazu zu verpflichten, 80 Prozent ihrer derzeitigen noch nicht geförderten Reserven in der Erde zu lassen.

Insbesondere öffentlichen Institutionen wie Universitäten, Kirchen und Pensionskassen sind dieser Argumentation schon gefolgt, und kurz vor der Pariser Klimakonferenz haben auch Versiche-

rungsunternehmen wie die Allianz und Axa entschieden, aus Fossilen auszusteigen.



Ein ganz anderer Weg des Widerstands gegen die Nutzung fossiler Energieträger wird seit einigen Monaten in München beschritten. Im November 2015 hat sich eine Bürgerinitiative formiert, die für die vorzeitige Schließung des Steinkohlekraftwerks HKW Nord (Block 2) im Münchner Norden bis Ende 2022 kämpft. In diesem Steinkohlekraftwerk werden jährlich etwa 800.000 Tonnen Steinkohle verbrannt, was einen Ausstoß von 2.650.000 Tonnen CO₂ produziert. Das Kraftwerk produziert 17 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen der Stadt München. Zudem geht der Abbau von Steinkohle mit Naturzerstörung und häufig mit Menschenrechtsverletzungen einher.

Der Ausstieg ist in naher Zukunft möglich und machbar, da es in München die Alternative gibt, Energie aus Geothermie zu gewinnen. Die Stadt will langfristig ohnehin auf Geothermie umsteigen, mit dem Bürgerbegehren soll der Umstieg beschleunigt werden.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

It is Time to Create the Group "Annex Zero", oilwatch, www.wald.org/r/a_zero

www.gofossilfree.org

keep it in the ground, guardian, www.wald.org/r/keep_it

www.endfossilfuelsubsidies.org

Wer gerne mehr über das Bürgerbegehren erfahren oder MünchnerIn ist und unterschreiben möchte, kann sich unter www.raus-aus-der-steinkohle.de weiter informieren.

Klimaabkommen: Was in Paris beschlossen wurde

■ Bisher nur eine schwache Grundlage für den Kampf gegen ein großes Problem

‘Paris ist eine Reise wert .. Paris ist eine Wunderwelt, voll fremder Zauberei’, durfte Peter Alexander 1961 schon singen - mit Sicherheit in weiser Vorausschau auf das Ereignis, das Ende 2015 mit dem als historisch geadelten ‘Paris-Abkommen’ enden würde. Die Welt des Peter Alexander war noch eine ganz andere, als die, die wir heute haben: über 60.000 Menschen sind im Dezember 2015 des Klimawandels wegen nach Paris gereist. Weil dieser eine dringende und nicht rückgängig zu machende Gefahr für menschliche Gesellschaften sowie den Planeten darstellt und man auf diese Bedrohung eine angemessene Antwort finden bzw. aushandeln musste.

Um es kurz zu machen: Paris war die Reise wert, sowohl 1961 filmisch für Peter Alexander als auch 2015 für die DiplomatInnen, Wissenschaftler, Journalisten, UmweltaktivistInnen, tausende UN-MitarbeiterInnen und Techniker-

runterladen): es ist 'nur' 12 Seiten lang, umfasst 29 Artikel und ist allerschönste Diplomatenprosa, also so formuliert, dass es auch wirklich jede/r unterzeichnen kann und keinem zuviel abverlangt wird. Trotzdem soll das Dokument unser Klima retten - und deshalb sollte man die Details kennen:

Weniger als zwei Grad - Die Vereinbarung sieht vor, die Erwärmung deutlich unter zwei Grad im Vergleich zur Vorindustrialisierung zu halten (sie auf 1,5 Grad zu begrenzen). Ohne das 1,5-Grad-Ziel wollten Inselstaaten den Vertrag nicht unterzeichnen.

Treibhausgasausstoß absolut begrenzt - Insgesamt erlaubt das angestrebte Temperaturziel die Freisetzung von nur noch weiteren 1000 Mrd. Tonnen CO₂. Nach den bisher vorgelegten Klimaplänen der Staaten wären bis zum Jahr 2030 davon schon 55 Milliarden Tonnen freigesetzt. Für die Zeit nach 2050 dürfen nicht mehr Emissionen ausgestoßen als zeitgleich wieder absorbiert werden.

Ziele sollen regelmässig überprüft und verschärft werden - Weil die Klimapläne bisher nicht das angestrebte Ergebnis liefern, wurde ein sogenannter Hebemechanismus eingeführt. Demnach werden die Klimapläne der Staaten regelmäßig überprüft – erstmals 2018 – und die festgelegten Ziele müssen alle fünf Jahre neu festgelegt und anspruchsvoller werden.

Industriestaaten als Hauptverursacher zahlen - Die Industrieländer sollen von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar Klimahilfe beisteuern. Andere Staaten können freiwillig ebenfalls bezahlen, aber erst ab 2026 sind auch weitere Staaten dazu aufgefordert, Finanzhilfe zu leisten. Das Geld soll aus einer Vielzahl von Quellen stammen - also auch von Un-

ternehmen. Die ärmeren Staaten haben erreicht, dass diese Mittel sowohl für Anpassung und Energie eingesetzt werden. Die reicheren Staaten sollen zudem mit dem Austausch moderner Technologie und Wissen helfen.

Wald einbezogen - Erstmals in der Geschichte der Klimaverhandlungen haben sich die Staaten auf die Einbeziehung des Waldschutzes ins Abkommen einigen können. Von nun an sind sie verpflichtet, Wälder und andere Ökosysteme – im Abkommen als „Senken und Reservoir“ bezeichnet – zu bewahren und zu erweitern. Dies beinhaltet u.a. die Umsetzung des umstrittenen REDD+-Mechanismus (siehe Seite 6).

Klimabedingte Flucht - Ebenfalls neu ist die Erwähnung klimabedingter Flucht im Abkommen. Es ist ein erster Schritt, um Betroffenen in Zukunft das Recht auf politisches Asyl zu gewähren.

Starttermin - Der Klimavertrag gilt ab Ende 2020 mit Auslaufen des Kyoto-Protokolls, vorausgesetzt bis dahin haben 55 Staaten, die zusammen 55 Prozent der Emissionen ausstoßen, das Abkommen ratifiziert. Rein theoretisch ginge es also auch ohne die USA und die VR China – allerdings müssten dann alle anderen Staaten das Abkommen ratifizieren.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

UN-Klimakonferenz in Paris 2015,
www.wald.org/tr/Paris_2015

www.wald.org/tr/klimawandelmacht

Kritik: Gemessen an den Herausforderungen des Klimawandels ist das Abkommen ein Debakel. Es stehen zuviele 'sollen' und zu wenig 'müssen' im Text. Die Option, Emissionen zu neutralisieren, werden viele Akteure als Einladung zu Mogeleyen verstehen oder den Weg über teure und unkontrollierbare technische Lösungsansätze suchen lassen. Vollkommen unverständlich ist, warum Flugverkehr und Schifffahrt nicht berücksichtigt werden. Elementare Rechte wie die Gleichberechtigung, die Ernährungssicherheit und die Rechte indigener Völker sind in die Präambel gerutscht und an Bedeutung herabgestuft.



Innen und wer da sonst noch dabei war. Das von allen 195 Staaten und der EU unterzeichnete Abkommen anerkennt den menschengemachten Klimawandel und bekundet das gemeinsame Ziel, deutlich unter zwei Grad globaler Erwärmung bleiben zu wollen, die Temperatur möglichst bei 1,5 Grad Plus zu stabilisieren. Das ist - insbesondere wenn man die vielfältigen Problemwelten, Notlagen und Interessen der beteiligten Staaten bedenkt - ein historisches Ergebnis. Dass das Klima sich weder um die Notlagen der Staaten noch um Kategorien wie historisch schert und ein recht komplexes von der Physik bestimmtes Eigenleben hat, nimmt dem Abkommen seinen Glanz und wird schwierige Nachverhandlungen dringend nötig machen.

Zunächst ein Blick auf einige Eckpunkte des Abkommens (man kann es von www.pro-regenwald.de in Englisch

Der Klima-Vertrag von Paris aus indigener Sicht

■ Rechte indigener Völker aus dem verbindlichen Teil des Vertragswerks gestrichen

Weltweit wurde das Klimaabkommen von Paris gefeiert. Nach jahrelangen Verhandlungen ist endlich der Durchbruch geschafft. Die Staatengemeinschaft verpflichtet sich den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken und aus fossiler Energie soll auch ausgestiegen werden. Und während manche noch ganz euphorisch sind, dass überhaupt Einigung erzielt wurde und, dass erstmals in einem Klimaabkommen explizit auch Wälder eine Rolle spielen, verging den Vertretern indigener Völker recht schnell die Freude.

Ein Bestandteil des vermeintlichen Waldschutzes ist der REDD-Mechanismus. Seit Jahren **kritisieren Indigenen-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die Idee, Wälder in den internationalen Emissionshandel mit einzubeziehen**. Nicht nur, weil das Modell die wahren Probleme nicht löst, weder den zu hohen Ausstoß an CO₂-Emissionen in den Industrieländern, noch die tatsächlichen Ursachen der Entwaldung. Hinzu kommen oftmals ungeklärte Landrechtsfragen und das ungelöste Problem, wer denn überhaupt von REDD-Geldern profitiert und ob bei den Indigenen oder anderen Betroffenen davon etwas ankommt.

Die Aufnahme von REDD ist aber nicht das einzig negative am Klimaabkommen. Auf Druck der USA, Norwegens, Australiens und der EU **wurden die Rechte indigener Völker aus dem verbindlichen Teil des Vertragswerks gestrichen**, weil sie eine mögliche Haftung fürchteten. Noch in Paris protestierten Indigenenvertreter dagegen und auch Staaten wie die Philippinen, Kanada und Costa Rica waren eher auf Seite der Indigenen, konnten sich letztlich aber nicht durchsetzen.

So verwundert es nicht, dass im 32-seitigen Klimadokument Indigene tatsächlich nur im nicht bindenden ersten Teil Erwähnung finden: in der Präambel heißt es, dass bei allen ergriffenen oder zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Klimawandel indigene Völker beachtet werden sollen und später im Text taucht immerhin noch einmal die Anerkennung des ökologischen indigenen Wissens auf. Im zweiten Teil, dem sogenannten „Paris Agreement“, das von den einzelnen Staaten ratifiziert und in nationales Recht umgesetzt werden muss, tauchen Indigene nicht mehr auf.

Am Morgen des letzten Verhandlungstages versammelten sich Indigenen-

organisationen aus aller Welt, um vor der Kathedrale Notre Dame in Paris gegen den Ausschluss ihrer Rechte zu protestieren, bis die Polizei kam und die Versammlung auflöste. Ihre Kritik und Bewertung des weltweit gefeierten Klimaabkommens ist aber eindeutig und möchten wir hier anhand einiger Aussagen dokumentieren:

Tom Goldtooth (Geschäftsführer des Indigenous Environmental Network, Kanada): *'Eine der Sorgen der Indigenen ist die weitere Umsetzung von REDD. Es ist einer der CO₂-Marktmechanismen, die Eingang in die Pariser Vereinbarungen gefunden haben. Wir befürchten, dass es ein Instrument ist, das weiteren Landraub und Menschenrechtsverletzungen an indigenen Völkern verursachen wird... Wie kann man Luft verkaufen? Wie kann man unsere Bäume an ein System des Klimakapitalismus verkaufen?'*

...Die Informationen, wie sehr diese fremden Marktmechanismen sowohl unsere Lebensweise bedrohen und welche Zugeständnisse wir für eine Partizipation daran machen müssen, wurden uns nur teilweise mitgeteilt. Wie bringen wir die traditionellen Wertvorstellungen in Einklang mit dem Auseinanderreißen der Struktur unserer Gemeinschaften, was dazu führt, dass wir uns gegenseitig für Geld bekämpfen. Ich habe Menschen aus Dörfern im abgelegenen Wald gesehen. Sie wissen bis heute nicht, was das [REDD] überhaupt sein soll.'

Berenice Sánchez (Expertin für Ernährungssouveränität, Mexiko): *'Bei dieser Konferenz wird nur über Geld geredet, nicht über tatsächliche Lösungen für den Klimawandel. REDD ist keine Lösung für den Klimawandel. Anstatt darüber zu reden, das Wirtschafts- und Produktionssystem sowie den Kapitalismus selbst zu verändern,*

sorgt REDD nur für Überlegungen, wie noch mehr Geld gemacht... werden kann. Hier in Paris wird nicht wirklich über die Rechte der indigenen Völker geredet, aber wir sind hier, um unsere Botschaft zu verbreiten. Wir sind hier, um Mutter Erde zu verteidigen. Für uns ist der Himmel unbezahlbar, man kann ihn nicht kaufen und verkaufen. Man kann den Ozean nicht kaufen und verkaufen, unser Korn, unsere Samen, unsere Bäume, sie sind heilig, deshalb sind wir hier. Wir sind hier, um all dies zu verteidigen und hoffen, dass die Welt uns hört, uns beachtet und weiß, dass Geld nicht die Lösung ist.'

Alberto Saldamando (Anwalt für indigene Rechte): *'Das Pariser Klimaabkommen ist ein Handelsabkommen, nicht mehr. Es verspricht, Wald zu privatisieren, zu verkaufen und macht ihn durch CO₂-Zertifikate zur Handelsware in betrügerischen Systemen wie REDD+. Diese Kompensationsmechanismen dienen den Industrieländern lediglich dazu, ihre Emissionen auf dem Rücken des globalen Südens reinzuwaschen. Das Klimaprogramm der USA sieht beispielsweise vor, das 250 Millionen Megatonnen CO₂ von Meeren und Wäldern absorbiert werden sollen. Diejenigen, die für die Klimakrise verantwortlich sind, kaufen sich nicht nur frei, sie profitieren auch noch davon.'*

Sina Brown-Davis (Maori-Aktivistin, Neuseeland): *'Der Meeresspiegel steigt und unsere Gemeinden können nirgendwohin...'*

Noch kurz vor Ende der Verhandlungen in Paris richtete ein Bündnis indigener Organisationen einen offenen Brief an die Minister und Verhandlungsführer, die Einschränkungen indigener Rechte im Vertragstext zu streichen bzw. die Formulierung „einschließlich der Rechte indigener Völker“ in den bindenden Teil des Abkommens aufzunehmen.

Vergeblich... Ausgerechnet die Menschen, die bereits heute den Klimawandel am eigenen Leib spüren und die wohl am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, fielen bei den Klimaverhandlungen unter den Tisch.

REDD: Waldschutz ist mehr als eine CO₂-Bilanz

■ Soll man das Überleben den (oft unkontrollierten) Marktkräften überlassen?

Die globale Waldzerstörung trägt, so die Schätzung der Experten, rund 20 Prozent zu den jährlichen Treibhausgasemissionen bei. Das ist mehr als der Transportsektor weltweit verursacht. Indonesien hält dabei den traurigen Spitzenplatz: das Land ist vor allen Dingen wegen seiner Waldbrände in den letzten Jahren zum drittgrößten CO₂-Emittenten aufgestiegen und hat dabei zudem die Gesundheit von Millionen Menschen durch Staub, Kohlepartikel und giftige Gase massiv angegriffen, was sogar zu offiziellen Protesten aus Nachbarländern geführt hat. Also Gründe und Druck genug, diese Zerstörung abzustellen - und das nicht nur in Indonesien. Das dafür vorgesehene Instrument soll das REDD-Programm sein, das 2005 erstmals vorgestellt wurde.

Die Grundidee von REDD ist einfach: Wenn wir die CO₂-Emissionen aus Waldzerstörung verringern wollen, müssen wir die Zerstörung reduzieren ... und das geht am besten, indem man, die Industriestaaten, ausreichend Geld für diesen Zweck mobilisiert und damit diejenigen bezahlt, die Wald erhalten, anstelle ihn umzusägen. So die Idee von REDD. Inzwischen ist aus der einfachen Idee eine recht komplexe

bewirtschaftung und des Ausbaus des Kohlenstoffspeichers Wald in Entwicklungsländern.“

REDD+ ist ergebnisorientiert, es geht um eine klar bestimmbare Verringerung des CO₂-Ausstoßes, die Kompensationszahlungen orientieren sich idealerweise am messbaren Erfolg der Aktion und die Industriestaaten zahlen dafür, dass Tropenwälder geschützt, und so weniger Treibhausgase durch Abholzung freigesetzt werden.

Doch wie so oft steckt der Teufel in den Details und die Liste der Probleme, die bei der Durchführung möglicherweise auftreten, ist lang. Sie fängt damit an, dass es keine allgemein gültige und akzeptierte Definition von Wald gibt, man also schon über den Verhandlungsgegenstand streiten wird. Und sie endet damit, dass zur Finanzierung des Programms nur vage Aussagen gemacht werden, denen die Intension, es möglichst billig zu machen und höchstwahrscheinlich die falschen daran verdienen zu lassen, nicht ganz abgesprochen werden kann.

Von ähnlicher Qualität ist, was viele Kritiker als grundlegenden Konstruktionsfehler der REDD-Idee kritisieren: REDD ist ein Mechanismus, der der Klimalogik entsprungen ist, bei dem es nicht primär um die Erhaltung der Artenvielfalt, um Indigene Völker und andere Waldbewohner und auch nicht darum geht, dass Wälder Lebens- und Wirtschaftsraum für Millionen von Menschen sind. Diese 'Akteure' haben sich in der offiziellen Sprache nach Protesten immerhin zu 'Non Carbon Benefits' (NCB) hocharbeiten können - sie bleiben damit aber nur Anhängsel eines Instruments mit anderem Fokus.

Der Berliner Sozialwissenschaftler, Berater und ehemalige Büroleiter

der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro, Thomas Fatheuer, zeigt in seinem Aufsatz "REDD - wo stehen wir heute?" die Schwachstellen dieser Konstruktion auf: *"Viele Beschreibungen und Rechtfertigungen von REDD beziehen sich zentral auf diese NCB, ohne deutlich zu machen, dass sie erhoffte oder erwartete Nebeneffekte einer für andere Ziele - nämlich Carbon benefits - designten Politik sind. Insbesondere in der Projektlyrik erscheint nun REDD als ein Ansatz von multiplen Benefits, der Geschlechtergerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Förderungen von Rechten indigener Völker, Erhalt der Biodiversität anstrebt und fördert."*

In Wirklichkeit aber werden all diese Co-Benefits an messbare Ergebnisse geknüpft. Das ist kein bloßes Detail oder gar eine win-win-Option, sondern es ist ein eingeschlagener Weg, der Alternativen ausschließt. Transferleistungen an messbare Ergebnisse zu knüpfen, ist etwas anderes als sie auf Rechte zu begründen. Waldschutz könnte ja auch primär die Rechte indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften schützen. REDD hingegen knüpft die Lebensperspektiven dieser Gruppen an eine CO₂-Logik. Dies ist fundamental und alles andere als banal, wie sich in der Umsetzung von REDD-Projekten und -Ansätzen zeigt."

Natürlich wirkt der Konstruktionsfehler in der Projektdurchführung bis in das Tagesgeschäft hinein: zunächst müssen komplexe Projektvarianten mit unterschiedlichen Szenarien entwickelt werden. Sogenanntes MRV (Measurement, Reporting and Verification), wie die recht aufwändige Mess-, Berichterstattungs- und Prüfprozeduren im Fachjargon bezeichnet werden, spielt eine wichtige Rolle, da REDD messbare Ergebnisse benötigt. All dies kann von Indigenen oder anderen waldbewohnenden Gruppen nicht geleistet werden, sie geraten in Abhängigkeit von dienstleistenden Nichtregierungsorganisationen oder Consulting-Firmen und unterwerfen sich dem Diktat der messbaren Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Neben der fehlenden Walddefinition, und dem der Gesamtsituation nicht



NEIN zu REDD: Wälder sind keine Handelsware!

Angelegenheit geworden. Das Programm heißt jetzt REDD+ und hinter der griffigen Abkürzung steckt der Expertenbegriff: 'Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation and the role of conservation, sustainable management of forests and enhancement of forest carbon stocks in developing countries'. Das liest sich auch auf Deutsch nicht viel einfacher und ist Hinweis auf eine Umsetzung, die (vielleicht zu-) vielen Ansprüchen gerecht werden soll: „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung sowie die Rolle des Waldschutzes, der nachhaltigen Wald-

gerecht werdenden Fokus auf die Klimalogik, zweifeln Kritiker an der Wirksamkeit des Programms im Gesamtkontext. Solange als Finanzierungsmodell der Kohlenstoffhandel (Industriestaaten zahlen für REDD/Regenwaldschutz um sich strukturelle Veränderungen im eigenen Land zu ersparen) zur Diskussion steht, ist nicht mit einer ausreichenden Finanzierung der Waldschutzarbeit und auch nicht mit den nötigen Emissionseinsparanstrengungen in den Industriestaaten zu rechnen.

Als weitere Kritikategorie müsste man sich auch mit den Problemen der



Protestveranstaltung des Indigenous Environmental Networks IEA in Paris: Kein REDD mit uns!

Projektdurchführung selbst befassen. Bisher ungelöst sind 'leakage', 'additionality' und 'permanence', für Betroffene ist inakzeptabel, dass sich ihre Rechte im Programmablauf nur als 'safeguards' wiederfinden, umstritten ist, wie genau die CO₂-Einsparmessungen sind und welche Szenarien man überhaupt gegenüberstellen muss. Dass die finanzielle Förderung bei REDD hinter den zu erwartenden Erträgen konkurrierender Nutzung, wie durch eine Palmölplantage, zurückbleibt, dürfte bei Investoren die Liebe zum Waldschutz gar nicht erst entstehen lassen.

Ob es nun an der Größe der Aufgabe bzw. Problemstellung oder an der Hartnäckigkeit der Verhandlungspartner liegt, sei dahingestellt: **REDD scheint alle Fehler zurückliegender Waldschutzprogramme integriert zu haben.** So bezeichnen einige Kritiker das Programm als **DAS top down-Instrument der Entwicklungszusammenarbeit**, andere finden es ungerecht, da **das Agrobusiness offensichtlich**

unbehelligt bleibt, während die eher harmlosen Wanderfeldbauern kriminalisiert werden und das Argument, **die wahren Ursachen der Zerstörung** würden durch REDD überhaupt nicht angegangen, ist von den Befürwortern des Programms bisher nicht widerlegt. Ähnlich vage bleiben Antworten auf den Vorwurf, **REDD entlasse die Industrieländer aus ihrer Verantwortung für den Klimawandel und ihre Verpflichtungen, Emissionen zu reduzieren und Anpassungsleistungen in Ländern des Südens angemessen zu unterstützen.**

Auf die heikle **Frage der Landrechtssituation indigener Völker findet REDD bisher auch keine Antwort**, erste Erfahrungen aus Pilotprojekten deuten darauf hin, dass diese Rechte eher geschwächt oder nicht beachtet werden.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.redd-monitor.org

www.no-redd.com

www.no-redd-africa.org

The Story of REDD: a real solution to deforestation? FERN, www.fern.org/thestoryofREDD

Fundamentalkritik an REDD - Lizenz zum Verschmutzen, Pro REGENWALD, www.wald.org/r/redd_kritik

Was ist Wald? Ein Kampf um die Definitionshoheit und Geschäftsmodelle

Wer sich nun wundern mag, dass es nach all den langen Jahren Waldschutzkonferenzen immer noch keine allgemein gültige/akzeptierte Definition von Wald gibt, der versteht Dynamik und Charakter internationaler politischer Verhandlungen nicht. Unabhängig davon ob es um Biodiversität, illegalen Handel, die Zertifizierung oder nun den Klimaschutz geht: um die Prozesse nicht zu gefährden, werden entscheidende (und wenn man es allen recht machen will, unlösbare) Probleme nicht gelöst, sondern durch angemessene Formulierung zum Bestandteil des Verfahrens gemacht und mitgeschleppt. Und eine eindeutig formulierte Definition von Wald könnte ja den Interessen einer an der Diskussion beteiligten Gruppe, ob das nun ein Plantagenunternehmen, ein Investor oder gar ein Land ist, zuwider laufen.

Eine Definition, die ursprünglich für alle eine, die wesentlichen Elemente hervorhebende, Waldbeschreibung gewesen wäre, wurde von der für eine Definitionsfindung zuständigen FAO vor Jahren schon auf eine **mindestens 0,5 Hektar große Ansammlung von Bäumen** reduziert, die **mit ihren Kronen zehn Prozent des Bodens bedecken** müssen und theoretisch **über 5 Meter hoch wachsen** sollen. Damit lassen sich im nächsten Schritt dann auch Plantagen als Wald klassifizieren (somit auch ersetzen) und wenn man will, sogar als solcher zertifizieren.

Alles nur eine Definitionsfrage ... auch wenn es mit dem, was man sich unter Waldökosystem früher einmal vorgestellt hat, nichts mehr zu tun hat. Wir müssen uns merken: der Kampf um Definitionen ist so alt wie politische Prozesse, bei denen sie eine Rolle spielen.

Von Nachhaltigkeit zu Green Economy

■ Alte Geschäfte in neuen Schläuchen

Wer über Green Economy, also eine Grüne Wirtschaftsform, nachdenkt, der kann am Wald nicht vorbei. In seiner natürlichen Form ist er ein selbstregulierendes Wunderwerk an verlustfreier Transformation (Licht, Wasser, Kohlenstoff zu Holz und Sauerstoff), Produktion und logistischer Organisation. Als Dienstleister versorgt er Hunderte Millionen sogar außerhalb lebende Menschen mit Wasser, Baumaterialien, Nahrungsmitteln, Heilpflanzen, erträglichem Klima und Schutz vor Erosion - Grüner geht es nicht! Zugegeben aber: wer heute über Green Economy redet, hat nicht primär den Wald vor Augen - zur Erklärung müssen wir etwas ausholen.

Angefangen hat es mit dem Nachhaltigkeitsbegriff. Diesen hat Hans Carl von Carlowitz schon 1713 in Bezug auf Waldbewirtschaftung erstmals erwähnt. Bei seinen Betrachtungen einer drohenden Rohstoffkrise im damals weitgehend entwaldeten und öden Europa ging ihm ein Licht auf: du kannst nicht mehr Bäume ernten als da sind, sprich: man muss auch Wald vorausschauend bewirtschaften und notfalls eben auch mal Bäume pflanzen.

Nachhaltigkeit + Entwicklung = Nachhaltige Entwicklung

1992 auf dem Erdgipfel in Rio wurde diesem rohstoffbezogenen Nachhaltigkeitsbegriff dann noch der Gedanke der Entwicklung (Überwindung von Armut) hinzugefügt und er war von da ab als 'Nachhaltige Entwicklung' das anerkannte Leitprinzip der Staatengemeinschaft, der Wirtschaft und der Weltzivilgesellschaft. Diese Art der Nachhaltigkeit steht von der Idee her im Gegensatz zur Verschwendung und kurzfristigen Plünderung von Ressourcen, sie sieht einen schonenden, verantwortungsvollen Umgang mit ihnen vor, der auch zukünftige Generationen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten nicht beraubt - und sie sollte die schlimmsten Ausprägungen von Ungerechtigkeit in der Verteilung abstellen. Im Paket inbegriffen ist nun auch die Idee, die drei Säulen Ökologie, Ökonomie und Soziales stehen gleichberechtigt nebeneinander.

Der Hauptfehler dieser Konstruktion offenbarte sich erst in den Folgejahren. Heute weiß man, dass die drei Säulen nicht gleichberechtigt sind, da die Ökologie erstens natürlichen Begrenzungen unterworfen und somit nicht frei verhandelbar ist. Und zweitens hat die zunehmende Ökonomisierung

aller Lebensbereiche und Weltregionen diese Säule über Maß aufgebläht und die beiden anderen in der Diskussion immer unscheinbarer werden lassen.

Alles beim Alten, Unzufriedenheit kommt auf

Zwei Jahrzehnte später, die Weltgemeinschaft bereitete sich auf die Nachfolgekonzferenz Rio+20 vor, war von dem Versprechen der nachhaltigen Entwicklung wenig umgesetzt. Im Gegenteil: die CO₂-Emissionen stiegen weiter, die biologische Vielfalt und die globale Waldfläche schrumpften dramatisch, die Böden wurden übernutzt. Ungleichheit, Armut und Hunger nahmen in vielen Ländern zu. Die erhoffte Versöhnung von Ökologie und Ökonomie hat sich ganz anders eingestellt als vorgesehen: so wie sich die Ökologie weltweit immer weiter verschlechtert hatte, fand sich plötzlich die ganze Finanz- und Weltwirtschaft in einer bedrohlichen Krise.

Kapitalismus- und Wachstumskritik waren nun plötzlich nicht mehr nur Diskussionsthema politischer Splittergruppen. Über die Sinnhaftigkeit der herrschenden ökonomiebasierten Weltanschauung sowie über neue Wohlstandsmodelle und andere Lebensstile wurde nun gesellschaftsübergreifend diskutiert. Fundamentalkritik am Produktions- und Konsummodell der Industriegesellschaft wurde lauter und die Suche nach Alternativen hatte wieder Konjunktur - und zu denen gehört, gleichsam einem genialen sprachlichen Streich, dann auch die neu entdeckte Green Economy.

"Bislang eher von Umweltbewegten und grünen Parteien geführt, wird sie nun als Konzept von der EU, der OECD, einzelnen UN-Organisationen, von Think Tanks, Universitäten und

von Teilen der Wirtschaft selbst aufgegriffen. Der Ausgangspunkt aller Überlegungen zur grünen Ökonomie ist der drohende Klimawandel und die Verknappung der Ressourcen ('Peak Oil'). Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft - möglichst im Zwei-Grad-Korridor mit massiven Investitionen in die Ressourceneffizienz und erneuerbaren Energien - wird von allen Protagonisten einer grünen Ökonomie als Ziel markiert," schreiben Barbara Unmüßig et al. im Sommer 2012 in 'Kritik der grünen Ökonomie'.

Green Economy ist schnell zum umkämpften Begriff geworden. Er wurde und wird je nach Interessenlage mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt, die sich durchaus widersprechen können. UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, sprach von Green Economy. Die OECD und die Weltbank mal von umweltverträglichem, mal



Manche sehen das Geld schon wie Gras wachsen.

von grünem 'Wachstum'. Es war auch von einem 'Ergrünen der Wirtschaft' die Rede. Zudem werden große Hoffnungen auf technologische Weiterentwicklungen im allgemeinen und auf die Bioökonomie im speziellen - zu der Wälder übrigens vorgesehen sind, Rohstoffe zu liefern - gesetzt, die den Weg weisen sollen von einer erdöl- hin zu einer biobasierten Wirtschaft. Die Vorschläge von UNEP und OECD sollten die Agenda von Rio+20 prägen. Dort wurde dann auch eine 'Green Economy Roadmap' verabschiedet, die die Richtung weisen und zum Handeln anregen sollte.

Ein fundamental neues Zeitalter bricht an

Die Green Economy verlangt eine neue ökonomische Sichtweise auf Na-

tur und ihre 'Dienstleistungen'. Diese müssen notgedrungen einen Geldwert bekommen, denn die Arbeitshypothese der Verfechter einer 'Neuen Ökonomie der Natur' lautet: Die ökonomische Unsichtbarkeit dessen, was die Natur für die Menschen leistet, ist auch gleichzeitig der Grund für ihre Zerstörung und Übernutzung. Wir müssen der Natur deshalb einen Wert geben, um sie zu schützen.

Kritikern ist das nicht geheuer. Denn diese 'Neue Ökonomie der Natur' vertraut dann vor allem der ökonomischen Rationalität. Die Erfahrungen mit dem bekanntesten marktbasieren ökonomischen Instrument im Umweltbereich, dem Emissionshandel, zeigen aber: das funktioniert eher nicht. Trotzdem folgen selbst viele große Umweltverbände dieser Argumentation und tragen dazu bei, sie zum neuen Instrument der Inwertsetzung von Ökosystemdienstleistungen zu machen.

Ein Grund dafür sei, dass die öffentlichen Kassen für Naturschutz und Biodiversität überall auf der Welt leer sind, obwohl der finanzielle Bedarf immens sei, schreibt Unmüßig. Selbst bei uns leiden Naturschutzbehörden. Es fehle an Personal und Geld bis auf die unterste Behördenebene. Neue marktbasierende Instrumente gelten daher als innovative Finanzierungsquellen: Natur- und Biodiversitätsschutz soll als Geldanlage attraktiv für den Privatsektor werden.

... doch selbst die alten Fehler im System schmerzen

Mit der Zertifizierung von Holz, Palmöl oder auch von Bananen/Süßfrüchten wurden wir immer wieder mit den Begleiterscheinungen konfrontiert, mit denen eine ganze Nachhaltigkeitsindustrie das Bild eines Wohlfühlkonsums schafft und dabei häufig nicht mal die schwächsten Kriterien einzuhalten in der Lage ist. Grundlegendes Problem dabei ist die Schwammigkeit des Nachhaltigkeitsbegriffs, der heute oft mehr ein Verkaufsargument darstellt als etwas über Qualität der Herkunft eines Produkts auszusagen, für die transparent nachvollziehbare Indikatoren stehen.

Ganz treffend fasst die Autorin Kathrin Hartmann ihre Eindrücke von der Recherche zu ihrem letzten Buch zusammen und kritisiert das Konzept als einseitige Vermarktungslüge: 'Je

problematischer die Gewinnung eines Rohstoffs oder die Herstellung eines Produkts ist, desto mehr braucht und bekommt es ein Unbedenklichkeitszertifikat. Ich habe für mein Buch in Indonesien recherchiert und versucht, das nachhaltige Palmöl zu finden, das hier mit dem RSPO-Siegel verkauft wird. Diese nachhaltige Produktion von Palmöl gibt es schlicht und einfach nicht. Der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl ist eine vom WWF mitinitiierte Industrie-Initiative mit mittlerweile 2500 Mitgliedern, von denen der allergrößte Teil aus der Industrie selber entammt, also Palmölhersteller und ihre Abnehmer, sowie Konsumgüterproduzenten wie Unilever, der mit 1,5 Millionen Tonnen im Jahr der größte Palmöleinzelnverbraucher der Welt ist.

Resultat dieses Runden Tisches sind nicht nur extrem lasche Nachhaltigkeitskriterien, gegen die die Mitglieder obendrein regelmäßig verstoßen: Brandrodung, illegale Abholzung und Vertreibung von Indigenen und Kleinbauern sind nach wie vor an der Tagesordnung, auch bei RSPO-Mitgliedern. Das ist der beste Beweis für den Unsinn der Green Economy, weil Wachstum, zum Beispiel von Palmölplantagen immer auch Umweltzerstörung, Vertreibung und Ausbeutung bedeutet.

Die Leute dort wollen dementsprechend gar keine Nachhaltigkeits-Siegel, sondern sie wollen ihren Wald zurück und Landrechte - das liegt aber wiederum nicht im Interesse derer, die Palmöl gewinnen wollen, denn Ölpalmen wachsen nun mal nur da, wo vorher der Regenwald stand. Die Macht-, Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse bleiben also auch im grünen Kapitalismus dieselben.'

Aber wer will das und wer braucht das?

Während man sich als UmweltschützerIn unter Green Economy ein Vorhaben zum Schutz von Natur und dem Erhalt der Ressourcen vorstellt, können das andere Beteiligte, wie Kritiker zuhauf warnen, ganz anders sehen: die OECD begreift das Konzept als Konjunkturprogramm und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme im ganz großen Stil. Finanzinvestoren erkennen darin

neue Geschäftsfelder. Multinationale Konzerne versprechen sich den ungestörten Zugriff auf Ressourcen.

Es gibt weitere Kritik: Macht- und Herrschaftsstrukturen werden nicht hinterfragt und eher gefestigt. Eine Entkoppelung der Entwicklung vom Wachstumszwang ist nicht vorgesehen. Technologie und Effizienz werden höher gewertet als alternative soziale oder gesellschaftliche Lösungsansätze und politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte haben in all den Szenarien der grünen Ökonomie oder der Bioökonomie keinen oder wenig Platz ... oder kurz: Green Economy muss erst beweisen, mehr zu sein als eine verbesserte Greenwashing-Bemühung des alten Systems, das bisher wenig gegen die Plünderung des Planeten getan hat.



Ob die Werbung hält, was sie verspricht, ist kaum zu beurteilen. Man sollte wenigstens wissen, wo die Palmen einmal wachsen sollen.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

Consilience: The Journal of Sustainable Development

Vol. 10, Iss. 1 (2013), Pp. 85–98

The Green Economy: The Dangerous Path of Nature Commoditization, Mark Wilson

Center for Sustainable Development
Uppsala University, Sweden

Heinrich Böll Stiftung
Schriften zur Ökologie Band 22

Kritik der grünen Ökonomie - Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer

Heinrich Böll Stiftung
Schriften zur Ökologie Band 35

Neue Ökonomie der Natur - Eine kritische Einführung, von Thomas Fatheuer

Rosa Luxemburg Stiftung
SCHÖNE GRÜNE WELT - Über die Mythen der Green Economy, von Ulrich Brand

Die Rückkehr der großen Dämme

■ Dammprojekte tragen oft mehr zur Zerstörung bei als zur Entwicklung

Große Staudämme (15 Meter und höher) waren über Jahre hinweg ein Vorzeigemodell vermeintlicher Entwicklung. Alleine die Weltbank investierte in den 1990er-Jahren rund 90 Milliarden US-Dollar in solche Projekte. Die Vertreibung und Umsiedlung von rund 10 Millionen Menschen sowie die Umweltzerstörungen und die Proteste von immer mehr Menschen an dieser Politik führten letztlich zur Bildung der Weltstaudamm-Kommission, die klare Kriterien entwickelte, wie große Dämme „nachhaltig“ umgesetzt werden können.

Tatsächlich war in den Folgejahren ein deutlicher Rückgang neuer Staudammbauten zu verzeichnen, da sich Investoren und Bauherren nun an Standards halten sollten. Auch die Weltbank hielt sich erst einmal zurück und stieg



Von Dämmen Betroffene werden selten gefragt, sondern belehrt.

erst in den frühen 2000er-Jahren vorsichtig wieder ein. Allerdings nicht in Südamerika und Indien, wo sie sich zuvor eine blutige Nase geholt hatte und auf massiven lokalen Widerstand gestoßen war, sondern in Südostasien, Nepal und Afrika südlich der Sahara. Seit 2005 stiegen die Investitionen in große Dämme merklich an, um seit 2011 noch einmal einen deutlichen Sprung nach oben zu machen.

Und das, obwohl selbst die nachhaltigere Version eines Dammes - wenn eine solche dann tatsächlich einmal angestrebt wird - nicht alle der **durch Dämme verursachten Probleme** vermeiden kann. Heute weiß man über **reduzierte Artenvielfalt, schlechte Wasserqualität, nachlassende Fruchtbarkeit** und erheblich **verminderte Fischbestände** in Flüssen unterhalb von Staudämmen. Es wird berichtet, dass Dämme den **Abfluss von Sedimenten behindern** und dass **von Dämmen irgendwann altersbedingt Gefahren drohen**. Die entstandenen Wasserreservoirs oberhalb der Dämme **tragen zum Treibhauseffekt bei, erhöhen die Ausbreitung von Krankheiten**, da stehende Gewässer bei-

spielsweise bessere Brutbedingungen für Mücken bieten, und **verursachen in Einzelfällen auch mal ein Erdbeben**.

Die Argumente, die für den Bau von großen Dämmen und Wasserkraftwerken angeführt werden, haben sich in der Zwischenzeit kaum gewandelt. „Energie für die Armen“ ist nach wie vor eines dieser Argumente. In den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer haben die Menschen keinen Zugang zu Elektrizität (in Afrika südlich der Sahara rund 70 Prozent der Bevölkerung) und deshalb seien große Kraftwerke notwendig, um diese Menschen an die Zivilisation anzubinden. Die bisherigen Erfahrungen mit Staudämmen haben jedoch gezeigt, dass die **Energie an Großverbraucher** ging, darunter einige der größten Bergbauunternehmen der Welt.

Dass Staudämme trotz der inzwischen gut aufbereiteten und zugänglichen Dokumentation über die Folgeerscheinungen vieler Dammprojekte und des eher zweifelhaften Beitrags zu einer Landesentwicklung immer noch als Instrument für eine Entwicklung in den Köpfen mancher Entscheider präsent ist, zeigt ein Entwicklungsplan für Afrika, den ‘international rivers’ kritisch analysiert hat. Im Jahr 2012 verabschiedeten afrikanische Regierungschefs das PIDA-Programm (Programme for Infrastructure Development in Africa), in dessen Rahmen in den vier Subsahara-Regionen 13 Großstaudämme sowie ein Stromleitungsnetz entstehen sollten.

Elf dieser geplanten Dämme analysierten die KollegInnen von ‘international rivers’ anhand einer Checkliste mit 10 relevanten Indikatoren. Neun der elf untersuchten Projekte sind mit ‘höchst bedenklich’ durchgefallen, nur eines hat den Unbedenklichkeitstest bestanden - wer die Details nachlesen will, sollte sich den Report ‘Right Priorities for

Africa’s Power Sector’ herunterladen.

Inzwischen muss auch der Klimawandel als neueres Argument pro Staudamm erhalten. Wasserkraft sei saubere Energie, spare CO₂ und sei somit gut fürs Klima. Die großen Staudammprojekte der vergangenen Jahre haben aber auch dieses Argument widerlegt. Insbesondere Stauseen in den Tropen sind durch die verrottende Biomasse eine der **großen Methanquellen** der Erde. Rund fünf Prozent der menschengemachten Methanemissionen gehen auf Stauseen zurück und Methan ist ein 25mal schädlicheres Klimagas als CO₂.

Klimawandel und Staudämme sind aber eng verbandelt: verschärft durch Veränderungen der Niederschlagsmengen aufgrund des Klimawandels sind in vielen Regionen **die Wasserpegel der Flüsse nicht mehr vorhersehbar und immer mehr Stauseen und Wasserkraftwerke sind wegen abnehmender Niederschläge immer weniger ausgelastet**. Der neue Staudamm Belo Monte im Amazonasregenwald gehört zu den Klima-Verlierern.



Im PIDA-Programm geplante Großstaudämme

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.internationalrivers.org

www.wald.org/r/daemme

www.americanrivers.org

Right Priorities for Africa’s Power Sector

www.wald.org/r/powerpriorities

Brasilien: Belo Monte – (K)ein Ende in Sicht

■ Einigen Staudämmen dürfte das Wasser ausgehen, bevor sie in Betrieb gehen

Ende 2015 sollte das Wasserkraftwerk Belo Monte den Planungen der Betreibergesellschaft Norte Energia und der brasilianischen Regierung zufolge fertig gestellt sein und den Betrieb aufnehmen. Und zunächst ließ sich auch alles ganz gut an – der illegale Bau wurde 2015 weitestgehend ohne weitere Verzögerungen durch lästige Indigene oder Gerichtsurteile vorangetrieben.

Zwar veröffentlichte die Bundesstaatsanwaltschaft des Bundesstaates Pará im Juni die Ergebnisse einer Untersuchung, der zufolge **das Betreiberkonsortium um Norte Energia 55 Auflagen verletzt habe**, denen sie zuvor zugestimmt hatten. Zu diesen Auflagen gehört beispielsweise die garantierte Zusicherung, **das Überleben betroffener indigener Gruppen sowie von Kleinbauern und Fischern sicherzustellen**. Die Verletzung der Auflagen würde, so die Untersuchung im Detail, 2.000 Familien konkret in ihrem Überleben bedrohen. Die Staatsanwaltschaft veranlasste die Entsendung eines Notfallteams in die Region, um die Rechte der Betroffenen auf Entschädigung und/oder Umsiedlung zu garantieren.

Sowohl Norte Energia als auch der brasilianischen Regierung wurden die Untersuchungsergebnisse übermittelt, doch die Zwangsumsiedlung der letzten Bewohner im zukünftigen Stausee wurde im Laufe des Sommers abgeschlossen. Antonia Melo, eine der Leitfiguren im Kampf gegen den Staudamm, war gemeinsam mit ihren Nachbarn die letzte, die ihr Haus verließ.

Die vertriebene bzw. zwangsumgesiedelte Bevölkerung – insgesamt rund 20.000 Menschen – wird in Einheitssiedlungen weit außerhalb der Stadt Altamira untergebracht. Es gibt keinen öffentlichen Nahverkehr in die Stadt, Fahrten mit Taxis sind zu teuer. Schulen, Arbeitsplätze, Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten sind nur unter Mühsal oder hohen Kosten zu erreichen. Das soziale Gefüge der Stadt wurde so komplett zerstört. Auch die Widerstandsbewegung gegen Belo Monte leidet unter den Umsiedlungen. Da ihre Mitglieder entweder den Umzug der eigenen Familie organisieren

müssen oder fortan so weit zerstreut leben, dass gemeinsame Treffen kaum noch zustande kommen, ist nun der organisierte Widerstand gegen Belo Monte und seine Auswirkungen massiv betroffen und geschwächt.

So verliefen etwa die Protestaktionen gegen die Rodung der Insel Arapujá im Sande. Die Insel im Fluss Xingu ist eines der Wahrzeichen der Stadt Altamira und sowohl ein touristisches Ziel als auch von Bedeutung für die Fischer der Region. Im Zuge der bevorstehenden Überflutung des Gebietes wurden zwischen der Staumauer und der Stadt Altamira auf einer Strecke von rund dreißig Kilometern über 30 Inseln gerodet, rund 5.000 Hektar Wald insgesamt. Durch die Rodung der Inseln soll eine Übersäuerung des Wassers durch verfaulende Biomasse vermieden werden.

Erstaunlicherweise war es dann im September die häufig als zahnlos kritisierte brasilianische Umweltbehörde IBAMA, die die Inbetriebnahme des Kraftwerks ablehnte, weil einige Umweltauflagen noch nicht erfüllt worden seien. Konkret bedeutete dies, dass mit der Stauung des Xingu nicht begonnen werden konnte und die tatsächliche Inbetriebnahme für Ende 2015 fraglich ist. IBAMA untersuchte alle Lizenzierungsaufgaben und kam zu dem Schluss, dass bei sechs der insgesamt 105 Auflagen Nachbesserungen notwendig seien und 12 bisher gar nicht erfüllt sind. So ist die Umsiedlung der vom Staudamm Betroffenen noch nicht vollständig abgeschlossen, in Altamira und den kleineren Städten Ressaca und Garimpo do Galo sind die Kanal- und Abwassersysteme noch nicht für die Flutung gewappnet und in Altamira fehlen noch Brücken und Übergänge und die Kläranlagen der Stadt sind noch nicht gegen die Überflutung gesichert. Norte Energia zeigte sich von der Verweigerung der Betriebslizenz zwar nicht begeistert, schien sich deshalb aber wenig Kopfzerbrechen zu machen und hatte damit natürlich recht. Denn Ende November gab die Umweltbehörde IBAMA ihren Widerstand auf und erteilte grünes Licht für die Flutung des Stausees. Nur zwei Tage später begann

die Flutung – ohne dass die Auflagen erfüllt waren und noch immer Rechtsstreitigkeiten anhängig sind. Weil aber massive Strafzahlungen drohten, für den Fall, dass das 7 Milliarden Euro-Projekt Belo Monte bis März 2016 nicht ans Netz ginge, hat die brasilianische Regierung entsprechend Druck ausgeübt, die Genehmigung doch zu erteilen.

Und tatsächlich ist davon auszugehen, dass Belo Monte nicht mehr durch Proteste oder Gerichtsverhandlungen aufzuhalten ist. Die größte Gefahr geht, laut einer Studie des regierungsnahen Instituts für strategische Fragen, vom Klimawandel aus. Anhand nationaler und internationaler Klimadaten hat das Institut zwei Zukunftsszenarien durchgespielt, welche Auswirkungen der Klimawandel bis 2040 für Brasilien haben wird. In beiden Szenarien wird es in Brasilien künftig heißer und trockener werden. Eine Kritik an Belo Monte war von Beginn an **die viel zu hoch eingeschätzte Leistung des Kraftwerks mit rund 11.000 Megawatt**, denn bereits heute führt der Fluss oftmals Niedrigwasser. Lediglich in zwei Monaten



Im Spätsommer verliert auch die zentrale Figur des Belo Monte-Widerstands, Antonia Melo, ihr Haus

des Jahres soll Belo Monte die höchste Auslastung erreichen und insgesamt nur rund 4.500 MW erreichen. Durch den Klimawandel geht die Regierung nun sogar davon aus, dass der Pegel des Xingu um 25 bis 55 Prozent fallen wird. Was für Belo Monte gilt, gilt in gleichem Maße auch für die weiteren 48 in Brasilien geplanten Staudämme – 30 davon direkt im amazonischen Regenwald: der Klimawandel stellt ihre Auslastung und finanzielle Rentabilität in Frage und somit die komplette Energiepolitik Brasiliens.

Belo Monte und die deutschen Unternehmen

■ Glänzen bei Gewinn und schwächeln bei Menschenrechten & Nachhaltigkeit

In Auseinandersetzungen mit an Belo Monte beteiligten deutschen Unternehmen ist oft ein Argument zu hören: Brasilien ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat, deshalb vertraue man darauf, dass alles nach Recht und Gesetz vor sich geht und sich Kritik eigentlich verbiete. Ein solches Bild von Demokratie kann man natürlich vor sich hertragen - dass in Brasilien ständig um Rechtsstaatlichkeit und gerade im Zusammenhang mit der Indigenen Bevölkerung auch Verfassungskonformität nicht immer erfolgreich gerungen wird, muss Unternehmern auffallen, wenigstens solchen, denen an guter Unternehmensführung liegt. Und wir wollen auch angesichts der jüngsten Enthüllungen über massive Bestechungen keinem der beteiligten Unternehmen unterstellen, sich die Demokratie aktiv durch illegale Zahlungen entsprechend gefällig gemacht zu haben.

Rund um das Belo Monte-Projekt müssen die Menschen gerade zusehen, wie ihre Häuser, Dörfer, Lebensgrundlage, die Wälder, Felder und Flüsse - ihre Heimat, zerstört wird. All dies wurde mit Verstößen gegen geltendes Recht, die brasilianische Verfassung, ohne Umweltauflagen und ohne Anhörung der Betroffenen banal durchgedrückt.

Turbinen für Belo Monte liefert. Die Allianz hat fünf Prozent der Versicherungssumme der Baukosten von rund sieben Milliarden Euro übernommen und gegen Risiken versichert. Munich Re hat ein Viertel der Rückversicherungssumme für den Bau von Belo Monte übernommen und wird dafür rund 15,5 Millionen Euro Prämien erhalten.

Allen drei Unternehmen ist gemeinsam, dass sie sich gerne als nachhaltig präsentieren (Allianz), und als Vorreiter bei sauberer Energie (Siemens) oder beim Klimaschutz (Munich Re) sehen. Allen drei Unternehmen ist gemeinsam, dass sie gegen ihre eigenen Corporate-Governance-Richtlinien

und Nachhaltigkeitskriterien verstoßen. Allen drei Unternehmen gemeinsam ist, dass sie sich auf den Standpunkt zurückziehen, Brasilien sei eine Demokratie und ein Rechtsstaat und alles sei in Ordnung.

In den vergangenen Jahren hat ein breites Bündnis von NGO aus Europa und Südamerika – darunter Pro REGENWALD – gegen die Beteiligung der Unternehmen an Belo Monte protestiert und sie aufgefordert, ihr Engagement zu beenden.

Siemens macht es sich einfach: das Unternehmen sei nicht zuständig, da es eine Entscheidung von Voith Hydro sei. Die Allianz verteidigt ihr Engagement für Staudammgroßprojekte nach

wie vor mit dem Argument, dass den erheblichen Eingriffen ein dauerhafter Nutzen gegenüberstehe, hat aber zumindest erkannt, dass sie Standards für Großprojekte entwickeln muss. Und die Munich Re gibt ein vollkommen desaströses Bild ab. Laut Vorstandschef von Bomhard gibt es bei der Munich Re keine Mindeststandards für den Umgang mit großen Infrastrukturprojekten, wie es Staudämme sind, und entsprechende Richtlinien soll es in absehbarer Zukunft auch nicht geben. Während andere Banken und Finanzinstitutionen zumindest Ausschlusskriterien haben – etwa die Finger von Projekten zu lassen, bei denen mehr als 5.000 Menschen umgesiedelt werden müssten – will die Munich Re weiterhin von Fall zu Fall entscheiden. Die Zwangsumsiedlung von mehreren tausend Menschen ist für das Unternehmen kein Hinderungsgrund, um in Staudammprojekte zu investieren. Die im Februar begonnenen Zwangsumsiedlungen für das Projekt Belo Monte und die Rechtsbrüche, Menschenrechtsverletzungen und Umweltverwüstungen kommentierte von Bomhard bei der Hauptversammlung 2015 mit den Worten: Brasilien sei eine Demokratie und ein Rechtsstaat, von daher könne man sie gar nicht kritisieren, es werde schon alles seine Richtigkeit haben und so schlimm seien die Zustände bei Belo Monte dem Kenntnisstand nach nicht.

Die drei namhaften und traditionsreichen Münchner Unternehmen, die so gerne Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz sein wollen, sind im Fall Belo Monte ein Dreigestirn der Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzung.

Allen drei Unternehmen gemeinsam ist, dass nach Belo Monte nicht Schluss sein wird mit ihrem Engagement in zerstörerischen Staudammprojekten. In Kolumbien sind alle drei Unternehmen am Hidrosogamosa-Staudamm beteiligt, bei dessen Bau ebenfalls Standards verletzt und über 20.000 Menschen zwangsumgesiedelt wurden. In Brasilien stehen weitere Staudämme in den Startlöchern und Ausschlusskriterien gibt es nicht...



Protest bei der Siemens-Hauptversammlung 2015 wegen der Lieferung von Turbinen für Belo Monte durch Voith, einem Unternehmen, an dem Siemens Anteile hat.

Die am Projekt beteiligten deutschen Unternehmen (Siemens, Allianz, Munich Re) beharren hingegen darauf, dass es ausreicht, wenn Rechte auf Papier stehen. In die Tat müssen sie nicht zwingend umgesetzt werden. Und da Brasilien laut Verfassung ein demokratischer Rechtsstaat sei, sei auch die Umsetzung des Großprojektes Belo Monte mit rechten Dingen zugegangen. Tatsächlich konnten die Bauarbeiten aber nur fortgeführt werden, weil es ein Gesetz der brasilianischen Regierung erlaubt, zum Wohle der 'nationalen Sicherheit' Gerichtsurteile beliebig auszusetzen bzw. aufzuheben.

Siemens ist mit 35 Prozent am Joint Venture Voith Hydro beteiligt, das die

Brasilien: Kampf der Demokratie gegen Ureinwohner

■ Konquistadoren im Geist, die Gier treibt sie an und lässt sie alles rauben

Zivilisierte Gesellschaften sahen offensichtlich schon früh einen Grund, den Umgang mit Minderheiten zu regeln. Die spezifischen Interessen von ethnischen Minderheiten beispielsweise werden international durch die Menschenrechte, insbesondere durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, und auf staatlicher Ebene durch die in der jeweiligen Verfassung verankerten Individualrechte geschützt. Brasilien wurde seiner demokratischen Verantwortung gegenüber der indigenen Bevölkerung historisch in zwei Momenten gerecht: 1973 mit dem *Estatuto do Índio* und 1988 mit der Bundesverfassung. Allerdings scheuen die politischen VertreterInnen bis heute die Umsetzung der Rechte von damals - und schlimmer, jetzt soll diese Verfassung um ein paar Schutzhinhalte erleichtert werden.

Über die Jahre hat sich eine Allianz aus Unternehmen und Großgrundbesitzern zusammengefunden, die der Meinung ist, dass ihnen die indigenen Völker mit ihren durch die Verfassung gewährten Rechten im Weg sind. Durch eine Verfassungsänderung und ein neues Bergbaugesetz sollen Schutzgebiete und indigene Territorien für Landwirtschaft, Bergbau und Infrastrukturprojekte zugänglich gemacht werden. Mehr als 30.000 Anträge haben Unternehmen beim zuständigen Ministerium bereits für Bergbaukonzessionen in Schutzgebieten und indigenen Territorien eingereicht, hunderte Staudämme sind geplant.

Dieser Vorgang ist ungeheuerlich und wirft einen großen Schatten auf die brasilianische Gesellschaft, die von offizieller Seite wohl mehr eine folkloristische Sicht der Dinge hat. So wollte Tourismus-Minister Henrique Eduardo Alves im Oktober anlässlich der 'Olympischen Spiele der indigenen Völker' die Gelegenheit nutzen, das demokratische Brasilien zu zeigen, die Akzeptanz der eigenen Landesgeschichte und die ethnische Verschiedenartigkeit hervorzuheben.

Egon Heck vom Indigenen-Missionsrat CIMI ist mit seiner Erwiderung international aufgefallen: *'Der brasilianische Staat sei auf dem Weg, Olympiasieger in der Disziplin 'Gewalt und Verletzung indigener Rechte' zu werden. Steigende physische Gewalt gegen Indigene führe laut CIMI in den vergangenen Jahren zu Hunderten von Mordopfern unter indigenen Anführern. Der Vorstoß auf die Lockerung verfassungsrechtlich garantierter Rechte der Indigenen bezüglich der Sicherung und Durchsetzung ihrer territorialen Ansprüche sei leider immer noch aktuell. Anliegende*

Gebietsausweisungen würden von den Behörden gezielt verschleppt. Bereits zugesicherte territoriale Rechte sollen rückwirkend erneut gelockert werden, um sie den Kapitalinteressen von Bergbau und Agrarindustrie zugänglich zu machen.'

Und dieser Kampf schwelt seit Jahren: bereits im Frühjahr 2013 besetzten mehrere hundert Indigene verschiedener Völker den Kongress in der Hauptstadt Brasilia, um gegen das Vorhaben, ihre verfassungsmäßigen Landrechte zu ändern, zu protestieren. Laut der Verfassung von 1988 ist die brasilianische Regierung für die Ausweisung von indigenen Territorien und Schutzgebieten verantwortlich. Das Ziel der angestrebten Verfassungsänderung unter dem Titel "PEC 215" ist es, der Regierung diese Zuständigkeit zu entziehen und sie dem Parlament zu übertragen. Und während indigene Stimmen im Parlament gar nicht vertreten sind, ist die Lobby der Landwirtschaft, Energie- und Bergbaukonzerne um so stärker. Die Folgen sind recht einfach beschrieben: bestehende Landrechte würden im wahrsten Sinne des Wortes unterminiert und die Ausweisung neuer Schutzgebiete und indigener Territorien wäre in Zukunft nahezu ausgeschlossen.

Seit den Protesten im Frühjahr 2013 hat sich der Druck auf den Wald und die indigene Bevölkerung weiter erhöht. Im Konflikt um Land wurden seit 2000 über 600 Indigene umgebracht, 130 davon allein im Jahr 2014. Und im Februar 2015 trat der neu gewählte Kongress zusammen, der als konservativster Kongress der letzten 50 Jahre gilt und als „ökonomisch liberal, konservativ in sozialen Fragen, verzögernd in Men-

schenrechtsanliegen und leichtsinnig in Umweltfragen“ eingeschätzt wird.

Und eben dieser Kongress hat die Verfassungsänderung PEC 215 in diesem Jahr weiter vorangetrieben und Ende Oktober im zuständigen Parlamentsausschuss darüber abgestimmt. Einstimmig entschieden sich die Abgeordneten für den Vorschlag zur Verfassungsänderung. Einige Abgeordnete insbesondere der Regierungsparteien verließen unter Protest die Sitzung und hielten Banner mit dem Schriftzug „Nein zur PEC des Todes“ hoch. Vor dem Parlament demonstrierten Indigene gegen den drohenden „Genozid“. Staatspräsidentin Dilma Rousseff wies den Entwurf zurück und will sich dagegen einsetzen, die Generalstaatsanwaltschaft kündigte bereits Klage an, da er gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstoße und sich gegen die in der Verfassung verankerten Rechte der indigenen Völker richte.

Die zwei entscheidenden Passagen der Verfassungsänderung sollen die Übertragung der Entscheidungshoheit über indigene Territorien von der Regierung auf das Parlament sein sowie die Einführung des Prinzips „im Interesse der Nation“. Danach kann der Bau von Infrastrukturprojekten als nationales Interesse über bestehende Landrechte indigener Völker gestellt und durchgesetzt werden.

Nachdem der Ausschuss zugestimmt hat, müssen als nächstes noch beide Kammern des Kongresses mit jeweils einer 3/5-Mehrheit zustimmen, um die Verfassung entsprechend zu ändern. Die Proteste im Parlament und auf den Straßen halten weiterhin an, aber die Agrar-, Bergbau- und Großgrundbesitzerlobby im Kongress ist stark. 2016 könnte also ein finsternes Jahr für den Amazonasregenwald und die indigenen Völker in Brasilien werden.



Räumung der Kayapó bei Belo Monte

ILO-Konvention 169: Indigene weltweit unter Druck

■ Konvention nicht ratifizieren ist eine unterlassene Hilfeleistung

Immer häufiger müssen indigene Völker und Gemeinschaften inzwischen wieder um ihre Lebensgrundlagen und ihr Land fürchten, sei es wegen Staudämmen, Kanälen, Ressourcen oder sogar wegen Klimaschutzmaßnahmen.

Eine Grundvoraussetzung für das Überleben indigener Völker und Kulturen ist die Anerkennung ihrer Rechte, wie sie etwa die **ILO-Konvention 169**



garantieren würde. Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen ILO trägt den Titel "**Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern**" und ist die einzige internationale **Norm, die indigenen Völkern rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf Grundrechte garantiert**. In 44 Artikeln versichert die Konvention den indigenen Völkern Rechte wie die Anerkennung von Eigentums- und Besitzrechten an ihrem angestammten Land; das Recht der Völker an den natürlichen Ressourcen und ihr Recht, sich an der Nutzung, Bewirtschaftung und Erhaltung dieser Ressourcen zu beteiligen.

Die Konvention trat am 5. September 1991 in Kraft, wurde seither aber ledig-

lich von 22 Staaten ratifiziert, darunter Peru, Venezuela, Ecuador, Spanien, Brasilien, Bolivien und Costa Rica. Staaten, in denen viele indigene Völker leben, wie etwa Russland, Australien, Schweden, Kanada und die USA lehnen eine Ratifizierung bislang ab. Auch Deutschland hat die ILO-Konvention noch nicht ratifiziert. Zuletzt scheiterte im Oktober 2012 ein entsprechender Antrag im Bundestag, da die Regierungskoalition aus CDU/CSU/FDP mögliche Haftungs- und Prozessrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland fürchtete.

Wie Deutschland verweigern sich auch andere Staaten der ILO-Konvention 169. Gegenüber dem UN-Kommissar für Menschenrechte äußerte etwa die indonesische Regierung, dass sie "die Anwendung des Konzeptes indigener Völker [in Indonesien] nicht anerkennt." Der kompletten Verleugnung der Existenz indigener Völker in Indonesien ging die Empfehlung der Vereinten Nationen voraus, Indonesien möge doch die ILO-Konvention 169 ratifizieren und so den indigenen Völkern des Landes mehr Schutz zugestehen. Die indigenen Völker Indonesiens genießen nicht nur keinen Schutz, in West-Papua sind sie regelrecht Freiwild. Seit den 1960er-Jahren sind dort über 100.000 Menschen durch das indonesische Militär getötet worden. Seit 2003 verweigert Indonesien sowohl den Vereinten Nationen wie auch ausländischen Menschenrechtsorganisationen den Zutritt nach West-Papua.

In diesem Jahr hat der Bundesrat eine neuerliche Initiative gestartet, um die Ratifizierung der ILO 169 in Deutschland auf den Weg zu bringen. Die Debatte in den einzelnen Landtagen zu dieser Initiative offenbarte Lücken in politischer Bildung, wie etwa in Bayern, wo die CSU ihre Ablehnung damit begründete, dass in Bayern keine schutzbedürftige indigene Bevölkerung ersichtlich sei.

Glücklicherweise fand sich Ende März im Bundesrat dann trotz des Widerstands der Bayern eine Mehrheit für die Ratifizierung der ILO-Konvention 169, die nun von Bundestag und

Bundesregierung die Einleitung der Ratifizierung fordert. Das oftmals vorgebrachte Argument, dass es in Deutschland keine schützenswerte indigene Bevölkerung gäbe und die Ratifizierung überflüssig sei, weist der Bundesrat deutlich zurück: "Laut den Vereinten Nationen zählen rund 400 Millionen Menschen in über 70 Ländern zu den indigenen Völkern. In einigen Staaten wurden und werden diese Völker bewusst enteignet und unterdrückt, anderswo werden deren Lebensweise, Kultur und soziale Gewohnheiten schlicht ignoriert. Dies hat zur Folge, dass die Angehörigen dieser Völker nur sehr eingeschränkt am politischen und wirtschaftlichen Leben der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft teilhaben können. Diese Benachteiligung wird besonders dann deutlich, wenn ihr Lebensumfeld ins Blickfeld nationaler und internationaler wirtschaftlicher Aktivitäten wie Abbau von Bodenschätzen, Infrastruktur-Großprojekte oder Landverkauf rückt und indigene Völker mangels politischer Vertretung und Lobby nur wenige Chancen haben, entsprechende Vorhaben zu verhindern oder zu beeinflussen."

Es ist also an der Zeit, dass die deutsche Bundesregierung nicht nur von Menschenrechten redet, sondern endlich ein Zeichen setzt und durch die Ratifizierung der ILO 169 aktiv Menschenrechte schützt. Allerdings wurde der Antrag erst einmal in die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Fortsetzung folgt also.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

ILO Übereinkommen 169,
www.wald.org/r/ilo169

www.pro-regenwald.de/hg_indigene

www.wald.org/r/indigene

www.indigene.de

Appell & Unterschriftensammlung

■ Wir fordern: Jetzt eine Kerosinsteuer einführen und dadurch Klima schützen!

Der Luft- und Schiffsverkehr ist für über 5 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich, Verantwortung dafür muss die Branche bisher aber nicht tragen – sie ist dank der erfolgreichen Lobbyarbeit von den Klimaabkommen und somit auch irgendwelchen Klimaverpflichtungen ausgenommen. Beim Flugverkehr stellt sich die Situation sogar noch verschärfter dar: Beim Verbrennen von Kerosin entstehen klimaschädliche Abgase, die überwiegend aus Wasserdampf, Kohlendioxid und Stickoxiden bestehen. In den Höhen, in denen sich Flugzeuge bewegen, wirken sich diese Stoffe dreimal – manche Forscher sagen sogar sechsmal – stärker als am Boden aus und verstärken dementsprechend den Treibhauseffekt.

Die Luftfahrt konnte sich bisher immer wieder aus der Verantwortung winden und ihre Privilegien behalten, obwohl die Regierungen, offensichtlich nicht entschlossen genug, Änderungen diskutieren: "Die Bundesregierung wird international auf eine weltweite Besteuerung von Flugbenzin dringen. Wir machen das Auto zum Umweltbuhmann, vergessen aber ganz die katastrophalen Auswirkungen durch den zunehmenden Flugverkehr." Dieses Zitat stammt aus einem Interview von Angela Merkel, es ist aus dem Jahr 1995, als sie noch Umweltministerin war.

Wir wollen Angela Merkel an ihre Worte von damals erinnern und sie und ihre Amtskollegen in der Europäischen Union zum Handeln auffordern: Besteuern Sie Kerosin!

Bis heute profitiert der Flugverkehr dabei nicht nur von der Befreiung von der Mineralölsteuer, sondern zudem der Befreiung der Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge. Sobald dieses Argument auftaucht, springen Flughafenbetreiber, Fluggesellschaften und ihre Interessenverbände auf und bekräftigen, dass sie im Vergleich etwa zur Bahn keine Subventionen erhalten und ihre Infrastruktur selbstfinanziert sei.

Bei genauerem Hinsehen stellt man schnell fest, wie falsch dies ist: Der Flughafen Berlin-Brandenburg, der sich regelmäßig in den Schlagzeilen befindet und dessen Baukosten sich

mittlerweile auf über 5 Milliarden Euro belaufen, wird öffentlich finanziert. Deutschland hat über 20 internationale Flughäfen, von denen 2013 17 in den roten Zahlen waren – diese Defizite wurden in den meisten Fällen mit öffentlichen Mitteln ausgeglichen.

Selbst in den Emissionshandel ist der Flugverkehr nicht überzeugend eingebunden. Im Jahr 2012 bekamen die Fluggesellschaften 85 Prozent der Zertifikate von der EU geschenkt und noch vor Ablauf des Jahres 2012 wurde der Emissionshandel für die Airlines durch die EU-Kommission weitestgehend außer Kraft gesetzt. Nur Flüge innerhalb der EU sind noch in den Emissionshandel einbezogen, etwa 40 Prozent der Flugbewegungen. Außereuropäische Fluggesellschaften und Staaten wie China, Indien und die USA wehrten sich gegen den Emissionshandel in Europa und letztlich machte die Kommission das Zugeständnis, abzuwarten, was die Internationale Luftfahrtorganisation ICAO beschließt. Diese will bis 2016 ein System zur Emissionsbegrenzung im Flugverkehr auf freiwilliger Basis vorstellen, das dann 2020 in Kraft treten soll. Wir meinen: das muss schneller gehen und verbindlich werden.

Und die Subventionen? Allein die deutschen Steuerzahler subventionieren die Fluggesellschaften jährlich mit 12 Milliarden Euro – eben durch die Befreiung von der Kerosinsteuer und der Mehrwertsteuer auf Auslandsstrecken. Auf die gesamte Europäische Union betrachtet, sind es sogar rund 30 Milliarden Euro Subventionen. Wer sich für die umweltfreundliche Alternative Bahn entscheidet, muss diese Kosten tragen. Kein Wunder also, dass ein vollkommenes Ungleichgewicht entstanden ist: Die S-Bahnfahrt vom Münchener Hauptbahnhof zum Flughafen kostet 10 Euro, der Flug nach Barcelona dagegen nur 50 Euro! In den letzten 20 Jahren sind die Passagierzahlen im Bahnfernverkehr gesunken, für innerdeutsche Flüge aber um 70 Prozent gestiegen.

Bundestag und Bundesrat haben es in der Hand

Für die Einführung der Mehrwertsteuer auf Auslandsflüge ist eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig – hierfür müssten sich insbesondere CDU/CSU bewegen. Die Besteuerung des Kerosin für Inlandsflüge ist nach EU-Recht ebenfalls möglich, wurde bisher allerdings nur in den Niederlanden ausprobiert und nach ein paar Jahren wieder eingestellt, weil aufgrund der

Mitmachen, Unterschriften sammeln

Entweder online unter www.pro-regenwald.de/kerosinsteuer/ oder telefonisch (089-359 8650) Name, Anschrift durchgeben und um Zusendung bitten.

niedrigen Besteuerung von nur 20 Cent pro Liter eine ökologische Lenkungswirkung ausblieb. Privatflugzeuge müssen in Deutschland bereits heute eine Kerosinsteuer von 65 Cent je Liter bezahlen. 65 Cent wären auch für die gewerbliche Luftfahrt ein Anfang. Um aber eine tatsächliche ökologische Lenkungswirkung zu erzielen, empfehlen Experten eine Kerosinsteuer von 1 Euro pro Liter. Einen innereuropäischen Flug würde das durchschnittlich um etwa 30 Euro teurer machen. Auch eine europaweite Steuer liegt im Rahmen des Möglichen, bedarf jedoch der Zustimmung aller Mitgliedsstaaten im Ministerrat.

Die Kerosinsteuer würde einen starken ökonomischen Anreiz bieten, Kerosin einzusparen bzw. die Entwicklung spritsparender Flugzeuge und Motoren voranzutreiben und vom Flugzeug auf klimafreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. Die Kerosinsteuer würde außerdem jährlich etwa 400 Millionen Euro (bei 65 Cent pro Liter) einbringen, die für Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere die Wiederherstellung zerstörter klimarelevanter Ökosysteme wie Wälder und Moore, eingesetzt werden sollen.

Das Ziel muss es sein, umwelt- und klimafreundlichen Verkehr zu unterstützen und nicht, den klimaschädlichen Luftverkehr aus der Verantwortung zu nehmen

Nicaragua: Ein Kanal teilt das Land

■ Ein Großprojekt mit ungewissen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen

Nicaraguas Traum vom Kanal reicht bis zurück in die Kolonialzeit. Nach der Unabhängigkeit 1821 schien es immer wieder einmal soweit zu sein, doch die USA gingen nach Panama. 2012 schien der Traum dann aus dem Nichts zur Realität zu werden: der chinesische Unternehmer Wang Jing gründete die Projektgesellschaft Hongkong Nicaragua Canal Development Investment Co, kurz HKND. 2013 schuf das Parlament die notwendige rechtliche Grundlage, im Dezember 2014 fand der erste Spatenstich statt und nach nur fünf Jahren Bauzeit sollen im Dezember 2019 die ersten Schiffe den Kanal passieren.

Nicaragua gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Rund 50 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Staatspräsident Ortega sieht sich in der Verantwortung, seine Untertanen aus der Armut zu führen und mit Blick auf den Panamakanal erhofft er sich einen regelrechten Geldregen. Panama nimmt jährlich rund eine Milliarde Dollar aus den Kanalgebühren ein. Kein Wunder also, dass Ortega alle Hebel in Bewegung setzte, als die HKND ernsthaftes Interesse am Kanalbau zeigte und rund 50 Milliarden Dollar dafür veranschlagte. Bereits mit Baubeginn rechnet die Regierung mit einem Anstieg des Wirtschaftswachstums sowie einer Verdreifachung der Beschäftigung.

abgeschlossen und das Parlament verabschiedete das Gesetz 840 über den „großen interozeanischen Kanal Nicaraguas“. Am 15. Juni fand die offizielle Unterzeichnung des Konzessionsvertrages zwischen der Regierung Nicaraguas und Wang Jing statt.

Der Vertrag hat eine Laufzeit von 50 Jahren und kann um weitere 50 Jahre verlängert werden. Jedes Jahr geht ein Prozent des Aktienkapitals in den Besitz Nicaraguas über, so dass das Land nach 51 Jahren die Mehrheit an der Kanalgesellschaft halten wird. Zusätzlich zahlt die HKND ab Betriebsbeginn jährlich 10 Millionen Dollar an Nicaragua. Das Gesetz regelt nicht

nur die Dauer der Konzession sowie die Rückführung der Aktien, sondern gewährt der HKND auch eine Vielzahl umstrittener Rechte. Für den gesamten Zeitraum der Konzession wurde die HKND von Steuern befreit und ihr das Recht zugestanden, über den Kanal zu bestimmen und diesen zu

verwalten. Sie hat das exklusive Recht, Tarife und Durchfahrtsgebühren selbst festzulegen und zu erheben. Sogar die Route des Kanals durfte sich die HKND selbst aussuchen.

Mit der Unterzeichnung des Vertrages konnte das Projekt endlich der neugierigen Öffentlichkeit präsentiert werden. Der Panamakanal feierte 2014 sein hundertjähriges Jubiläum und wurde für die Zukunft fit gemacht und erweitert, sein Ausmaß verblasst aber regelrecht neben dem Vorhaben des Nicaraguakanals. Von der Mündung des

Rio Punta Gorda an der Karibikküste durch den Nicaraguasee bis zur Mündung des Rio Brito auf der Pazifikseite soll er über 278 Kilometer durch das Land führen. Der Panamakanal ist gerade einmal 80 Kilometer lang. Der nicaraguanische Kanal wird rund 520 Meter breit sein (Panama 55m), die Fahrt wird 30 Stunden dauern (Panama 8-10) und pro Jahr sollen ihn 5.100 Schiffe der größtmöglichen Ladepazität von 400.000 Tonnen passieren (Panama 17.000 Schiffe mit 120.000 Tonnen), was etwa fünf Prozent des Welthandels entspricht. An den beiden Küsten ist jeweils ein Hafen geplant; in Brito soll eine Freihandelszone entstehen; für den Wasserbedarf der Schleusen soll ein 400 km² großer künstlicher See, der Lago Atlanta, angelegt werden (als Puffer für niederschlagsarme Monate); in Rivas wird ein internationaler Flughafen gebaut; entlang des Kanals sollen Schnellstraßen und Sonderwirtschaftszonen entstehen. Alleine für den Bau werden 50.000 Arbeitsplätze geschaffen, sobald der Kanal in Betrieb ist, insgesamt sogar 200.000.

Ein Teil der Streckenführung des Kanals soll durch den Nicaraguasee führen. Dieser ist durchschnittlich nur 15 Meter tief, der Kanal soll allerdings Schiffen mit einem Tiefgang von bis zu 23 Metern die Durchfahrt ermöglichen. Der Weg im See muss also frei gebaggert und gesprengt werden. Der See ist das größte Trinkwasserreservoir Mittelamerikas und der Durchbruch zum Pazifik sowie der Schiffsverkehr werden Salzwasser und fremde Arten in den See gelangen lassen, der Schadstoffeintrag wird zunehmen und der Sauerstoffgehalt gestört. Das Ökosystem wäre massiv gefährdet, heimische Arten bedroht.

Nach den derzeitigen Planungen werden dem Kanal rund 400.000 Hektar Regenwald und Sumpfgebiete zum Opfer fallen, die Lebensraum von bereits gefährdeten Tierarten sind. Flüsse müssen für das Projekt verbreitert, vertieft und begradigt werden. Der Wasserstand des Nicaraguasees würde sich dabei verändern, was wiederum unmittelbare Auswirkungen auf das Biosphärenreservat Ometepe – die Insel inmitten des Sees – hätte.



2012 verabschiedete die Nationalversammlung Nicaraguas ein Gesetz, mit dem der rechtliche und institutionelle Rahmen für einen Kanal gelegt wurde. Erst im Mai 2013 erklärte Ortega, dass ein chinesisches Unternehmen die Möglichkeit des Kanalbaus prüfe. Am 5. Juni 2013 brachte die Regierung per Dringlichkeitsantrag das Gesetz für einen Rahmenvertrag mit der HKND in die Nationalversammlung ein. Ortega konnte sich auf die Mehrheit „seines“ Parlaments verlassen. Schon nach wenigen Tagen war die Beratung

Letzten Prognosen zufolge werden rund 29.000 Menschen, darunter auch indigene Gemeinden, dem Kanal und seiner Infrastruktur weichen müssen



Zur Demo in der Hauptstadt Managua fährt man auch mit LKW

und zwangsumgesiedelt. Insbesondere Artikel 12 des Gesetzes 840 über den Kanal lässt keine Zweifel, was auf die Betroffenen zukommen wird. Demnach ist es im öffentlichen Interesse, dass jedes Grundstück enteignet werden kann, wenn dies für notwendig erachtet wird. Obwohl die nicaraguanische Verfassung indigenes Gemeindegut unter Schutz stellt, gilt der Enteignungsartikel 12 ausdrücklich auch für die indigenen Gemeinden, die dem Kanal im Weg sind.

Das verfassungsmäßige Recht der indigenen Gemeinden, über Vorhaben auf ihrem Grund informiert und angehört zu werden sowie letztlich Zustimmung geben zu müssen, wurde nicht nur nicht eingehalten, sondern außer Kraft gesetzt. Die Regierung sagt zwar, dass sie die Gemeinden über den Kanal informiert hätte, gibt aber zu, dass eine Diskussion nicht stattgefunden hätte. Für den Fall, das doch noch jemand Einwände vorbringen sollte, hat die Regierung vorgesorgt und in besagtem Artikel 12 des Gesetzes 840 den Passus untergebracht, dass das Recht auf Anhörung sieben Tage nach der Information automatisch erlischt.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.wald.org/r/canal

<http://canal.wald.org>

www.grupococibolca.org/

www.wald.org/r/canal_2

www.wald.org/r/canal_fb

Bevölkerung gegen den Kanal... ... und wie die Regierung den Widerstand kriminalisiert

Im Sommer 2015 ließ sich die nicaraguanische Regierung gemeinsam mit der HKND beim Latin American Infrastructure Leadership Forum von über 400 Wirtschafts- und Regierungsvertretern aus aller Welt für die Idee des Kanals feiern.

Doch die Realität sieht nicht so rosig aus: die betroffenen Menschen sind verunsichert und verängstigt, weil sie nicht informiert werden, was mit ihnen und ihrem Besitz geschehen soll und insbesondere die teilweise Aushebelung nationalen Rechts sowie die Gewährung von Handlungsvollmachten an einen ausländischen Konzern sorgen für zunehmend öffentlichen Widerstand.

2015 gab es mehr als fünfzig gewaltfreie Demonstrationen gegen das Projekt. Im Juni forderten über 15.000 Demonstranten die Annullierung des Kanalgesetzes sowie die Demilitarisierung der betroffenen Gemeinden. Sie warfen Präsident Ortega vor, das „Vaterland zu verkaufen“. Bei der großen Demonstration Ende Oktober in der Hauptstadt Managua griff die Regierung ein und blockierte Straßen, um Auswärtige an der Teilnahme zu hindern. Es kam zu willkürlichen Verhaftungen, Einschüchterungen und Gewalt gegenüber Demonstrationsteilnehmern. Zeitgleich organisierte die Regierung eine Unterstützer-Demonstration.

Die Umweltverträglichkeitsstudie, die letztlich im Herbst erschien, fordert weitere Untersuchungen der ökologisch sensiblen Gebiete entlang der Kanalroute, um deren Zerstörung zu verhindern. Die seismischen Risiken seien nicht ausreichend erforscht, wie auch unklar sei, wie das Eindringen von Salzwasser in den See verhindert werde. Und insbesondere sei ungeklärt, wie die von Enteignung Betroffenen entschädigt werden sollen. Bis die weiteren Untersuchungen erfolgt seien solle die Regierung deshalb keine weiteren Genehmigungen zum Bau des Kanals erteilen.

Das Protestbündnis Cocibolca – ein Zusammenschluss nicaraguanischer Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und Wissenschaftlern – forderte

die Regierung aufgrund des Gutachtens auf, das Gesetz zur Erteilung der Baugenehmigung für nichtig zu erklären.



Viele sind gegen den Kanal. Sie wissen nicht wohin und verlieren ihre Existenz.



Nicaragua gehört den Nicaraguanern. Da braucht es keinen schlechten Vertrag mit einem chinesischen Investor.



Die meisten der Betroffenen in Nueva Guinea meinen, Ortega verkaufe die Heimat.



Zu den Protestveranstaltungen kommen viele auch aus dem Umland. Die Sicherheitskräfte sperren gelegentlich Straßen um die Teilnahme zu verhindern.

Der Wald brennt...

■ Wie die indonesischen Torfrengewälder Papier und Palmöl zum Opfer fallen

Den ganzen Juli, den kompletten August, den gesamten September und fast bis Ende Oktober – vier Monate lang – brannten in Indonesien 2015 die Wälder. Satellitenaufnahmen zeigen, dass durch mehr als 10.000 Feuer rund 2,7 Millionen Hektar den Flammen zum Opfer gefallen waren, mehr als 2 Millionen davon Torfrengewälder. Die NASA nannte das Ganze in einer Mitteilung schlicht ein 'Umweltverbrechen'.

In den vergangenen Jahren ist Indonesien durch die Abholzung und Verbrennung seiner Wälder bereits zum drittgrößten CO₂-Emittenten hinter den USA und China aufgestiegen. Und das Jahr 2015 wird diesen Trend auch nicht umkehren, im Gegenteil: die diesjährigen Brände haben nur noch mehr Treibhausgase, Staub, Kohlepartikel und giftige Gase in die Atmosphäre geblasen. Die täglichen Emissionen der Brände Indonesiens überstiegen dieses Jahr sogar die täglichen Emissionen der gesamten US-Wirtschaft.

Insbesondere die Torffeuere machen auch den Menschen der Region zu schaffen. Die Partikel der Torffeuere dringen in die Atemwege ein und zerstören die Lungenbläschen. Neunzehn Menschen sind gestorben, über eine halbe Million Menschen sind in ärztlicher Behandlung und rund drei Millionen Hühner sind erstickt. Selbst in den Nachbarstaaten Malaysia und Singapur

gen nicht zu verlassen oder, alternativ, Atemschutzmasken zu tragen. Sowohl in Malaysia und Singapur als auch in Indonesien selbst mussten wegen der Smogbelastung Schulen geschlossen bleiben.

Es kam darüber sogar zu massiven diplomatischen Verstimmungen zwischen den Staaten. Malaysia und Singapur forderten Indonesiens Regierung nachdrücklich auf, Maßnahmen gegen die Waldbrände zu ergreifen. Zumal es sich nicht um ein natürliches Ereignis handelt, sondern ein "von Menschen herbeigeführtes Ereignis, das nicht hingenommen werden kann. Es hat massive negative Auswirkungen auf die Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft unserer Region", sagte Singapurs Umweltminister Vivian Balakrishnan. Und Singapur pickte sich fünf Unternehmen heraus, um sie auf Schadenersatz für die Luftverschmutzung zu verklagen. Erst der einsetzende Regen Ende Oktober sorgte für etwas Entspannung.

Verantwortlich sind hauptsächlich die Papier- und Palmölkonzerne, die ihre Plantagen in den letzten Jahren vor allem auf Torfböden errichtet haben. Asia Pulp and Paper (APP) und Asia Pacific Resources Limited (APRIL) haben die Torfwälder von Sumatra unter sich aufgeteilt und Palmölkonzerne expandieren ebenfalls vor allem in Torfgebiete. 2009 lagen etwa 1,9 Millionen Hektar der Plantagen auf Torfböden, heute sind es 8,6 Millionen Hektar. Und Satellitenaufnahmen belegen, dass sich die meisten Brandherde in und um die Konzessionsgebiete befinden.

Raffles Brotestes Panjaitan, der im Umwelt- und Forstministerium zuständige Direktor für den Kampf gegen die Waldbrände erklärt es so: 'Im Vergleich zum Einsatz von Personal und Ausrüstung ist das Abbrennen der Wälder die schnellste, billigste und profitabelste Methode der Landgewinnung. Die Gesetze sind eigentlich klar: Das Abbrennen von Wäldern ist verboten. Aber große Unternehmen stoßen im Namen des Profits gegen das Gesetz.' Er beschreibt die brennenden Torfwälder als riesige, schwelende Öfen mit bis zu zehn Meter hohen Flammen.

Die Unternehmen wehren sich natürlich gegen den Vorwurf, SIE würden die Feuer legen. Aber das Amt für Katastrophenschutz Riau widerspricht ihnen und nennt 99,9 Prozent der Brände klar „Brandstiftung.“ Und Satellitendaten der Umweltorganisation WALHI besagen, dass es auf 14 der 17 Plantagen des Palmöl-Giganten Wilmar in Zentralkalimantan brannte.

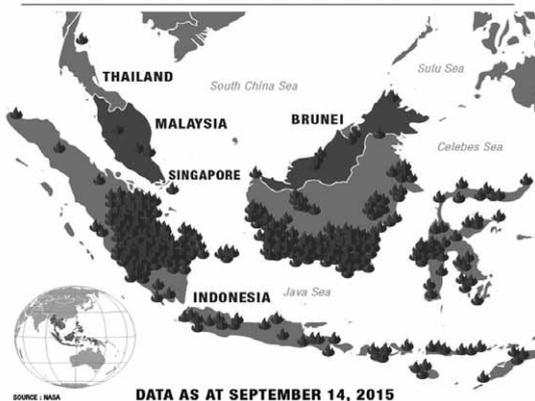
Einige dieser Konzerne – Wilmar und APP vorneweg – haben vor gar nicht allzu langer Zeit – unter größtmöglichem Tamtam – noch sogenannte Zero Deforestation-Verpflichtungen unterzeichnet, nach denen sie in Zukunft keine Wälder mehr abholzen und ihre Produkte ohne die Zerstörung von Wäldern gewinnen werden.

Aber vielleicht sind wir Umweltschützer mal wieder zu kritisch und Abbrennen hat mit Abholzen gar nichts zu tun?

Die indonesische Regierung hat auf all die Vorwürfe natürlich reagiert. Im Oktober 2015 erließ Präsident Widodo ein Moratorium, das jeglichen weiteren Zugriff auf Torfwälder untersagt. Doch die Politik der Regierung, Gesetze und das Handeln einiger Minister untergraben dieses Moratorium, denn rund 15 Millionen weitere Hektar Wald in Kalimantan und Papua sind bereits zur Umwandlung in Plantagen ausgewiesen. Und weitere 10 Millionen Hektar Wald liegt innerhalb von Konzessionen, für die die Unternehmen bereits die Erlaubnis zur Abholzung haben.

Es gab übrigens schon einmal ein solches Moratorium der indonesischen Regierung, allerdings liegt das schon sehr, sehr lange zurück – es ist vom Mai 2011... und seither hat es trotzdem jeden Sommer gebrannt.

SOUTHEAST ASIA FOREST FIRES



Überblick Waldbrände Indonesien im September 2015

sind die Auswirkungen spürbar. Die Regierungen haben die Bevölkerung aufgerufen, ihre Häuser und Wohnun-

Rettet Palmöl-Zertifizierung die Wälder Indonesiens?

■ Kein Respekt vor Artenreichtum und großem Kohlenstoffspeicher

Rund 60 Millionen Tonnen Palmöl jährlich verbraucht die Weltbevölkerung und die Tendenz zeigt weiter steil nach oben – allein in den letzten zehn Jahren hat sich der Verbrauch verdoppelt. Auch in Deutschland und Europa wird immer mehr Palmöl importiert. Von 5,5 Millionen Tonnen 2012 stiegen die Importe der Europäischen Union auf 6,1 Millionen Tonnen 2013, in Deutschland im gleichen Zeitraum von 1,35 Millionen auf 1,5 Millionen Tonnen. Dies entspricht einem Verbrauch von 19 Kilogramm pro Kopf und Jahr. Kein Wunder also, dass bei dem Nachfragezuwachs die Palmölindustrie in Indonesien, dem größten Palmölproduzenten, an vorderster Front bei der Abholzung der Regenwälder steht. Für den Zeitraum von 2011 bis 2013 sind Palmölkonzessionen für ein Fünftel der Entwaldung Indonesiens verantwortlich – rund 620.000 Hektar pro Jahr.

Angesichts unseres Bedarfs an Palmöl und den Zuständen der Produktion in Südostasien hat sich auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt zu Wort gemeldet. Er erklärte Palmöl zu einem der wichtigsten nachwachsenden Rohstoffe, der Bedarf dürfe aber **nicht dazu führen**, dass **kostbare Naturwaldflächen abgeholzt** werden, **Brandrodungen verheerende Waldbrände auslösen** und **Böden durch übermäßigen Pestizideinsatz vergiftet** werden. Er appellierte daher an die Wirtschaft, die **Einfuhr von nicht zertifiziertem Palmöl zu stoppen**.

Und tatsächlich gibt es schon einige Initiativen, die sich das Ziel gesetzt haben, nur noch zertifiziertes Palmöl einzusetzen. 2012 beschlossen britische Unternehmen gemeinsam mit der Regierung, bis Ende 2015 nur noch zertifiziertes Palmöl in ihren Waren zu verwenden. 2013 wurde ein Wert von 72 Prozent erreicht, nach 55 Prozent im Jahr zuvor. Und im Sommer 2015 haben sich europäische Unternehmen vorgenommen, europaweit bis 2020 auf 100 Prozent zertifiziertes Palmöl umzustellen. Dass bis dahin noch ein weiter Weg zu gehen ist zeigt das Beispiel Deutschland: hier ist mit 28 Prozent derzeit nur knapp über ein Viertel des Palmöls zertifiziert.

Die entscheidende Frage ist aber, was die Zertifizierung von Palmöl überhaupt aussagt?

Im Jahr 2004 entstand die Organisation RSPO (=Roundtable on Sustainable Palm Oil also 'Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl'), ein Zusammenschluss aus Anbauern, Produzenten, Händlern, Banken und Nichtregierungsorganisationen. Seit 2008 gibt es das vom RSPO vergebene Siegel für zertifiziertes Palmöl. Mit der Zer-

tifizierung soll verhindert werden, dass für die Palmölgewinnung weiter Regenwald abgeholzt und Moore trockengelegt werden. 20 Prozent der globalen Produktion von rund 60 Millionen Tonnen sind derzeit zertifiziert.

Der RSPO soll dem eigenen Anspruch nach kein Öko- oder Bio-Siegel sein, sondern **auf freiwilliger Basis für mehr Umweltschutz und Menschenrechte** in den Plantagen sorgen, als gesetzlich vorgeschrieben ist. Dazu gehört neben **besserem Wassermanagement** und der **Abfallentsorgung** auch der **sparsame Einsatz von Pestiziden**. Außerdem darf das Siegel nur für Flächen vergeben werden, für die seit 2005 kein Regenwald zerstört wurde.

Umweltschützer weltweit kritisieren die Kriterien des RSPO als unzureichend, denn nach wie vor werden Regenwaldflächen gerodet. Flächen die vor 2008 zerstört wurden, sind zertifiziert worden und für den Zeitraum nach 2008 sind nur besonders schützenswerte Wälder (sogenannte High Conservation Value Forests) ausgeschlossen. Als im ersten Halbjahr 2013 auch schon die Wälder Indonesiens brannten, befanden sich 39 Prozent der Brandherde in der Provinz Riau auf Sumatra auf Konzessionen von RSPO-Mitgliedern. Für die Brände 2015 gibt es hierzu noch keine verlässlichen Zahlen.

Brot für die Welt und die Vereinte Evangelische Mission haben in einer gemeinsamen Studie Berichte über RSPO ausgewertet und fällen ein vernichtendes Urteil: *'Viele Kritikerinnen und Kritiker bezweifeln, dass angesichts der Monokulturen auf großen Flächen ökologisch und sozial nachhaltige Strukturen überhaupt möglich sind.'* Zudem würden viele zertifizierte Unternehmen **die Kriterien des RSPO kaum oder gar nicht einhalten**. Die **Kontrollen seien lückenhaft** und bei Verstößen gebe es nahezu **keinerlei Sanktionen**. Und die von den Plantagen direkt **Betroffenen haben auch nichts davon**: 'Viele der von der Ausweitung



Solche Terrassierungen sollen nach RSPO künftig wohl noch möglich sein.

der Plantagen betroffenen Gemeinschaften kennen bis heute weder ihre Rechte noch die Kriterien des RSPO, auf die sie sich berufen können.'

Zu den Kontrollen erschien nun jüngst eine ausführliche Studie, die belegt, dass der RSPO Schlupflöcher im Zertifizierungssystem bewusst ignoriert hat und es Mitgliedern somit ermöglichte,

Fortsetzung Seite 20

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.pro-regenwald.de/hg_palmoel

news.mongabay.com/list/palm-oil

www.wald.org/r/wrm-palmoil

Die Plünderung der rumänischen Wälder

■ Europas letzte Urwälder verschwinden schneller als der Regenwald

Zwei Drittel der letzten Urwälder Europas stehen in Rumänien. Sie sind zugleich die Heimat der größten Wolfs-, Bären- und Luchspopulation Europas. Allerdings wohl nicht mehr lange, denn seit einiger Zeit werden sie hauptsächlich von ausländischen Unternehmen illegal abgeholzt und als Heizmaterial und Bauholz europaweit in Baumärkten angeboten. Als Hauptabnehmer illegalen Holzes wurde insbesondere das österreichische Unternehmen Schweighofer identifiziert, das rund 40 Prozent des Nadelholzes Rumäniens weiterverarbeitet.

Der illegale Holzeinschlag und -handel hat in Rumänien gravierende Ausmaße angenommen. Zwischen 1990 und 2011 wurden einer konservativen Schätzung zufolge 80 Millionen Kubikmeter Holz im Wert von mindestens 5 Milliarden Euro illegal aus dem Wald geholt, das entspricht etwa einem Viertel des gesamten Holzeinschlags dieses Zeitraumes. Die Nationale Waldinventur Rumäniens hat noch ein bisschen genauer hingeschaut und dabei festge-

stellt, dass zwischen 2008 und 2014 8,8 Millionen Kubikmeter illegal

eingeschlagen wurden, was etwa der Hälfte des insgesamt gefällten Holzes entspricht. In den Jahren 2013 und 2014 wurden insgesamt 45.509 Fälle illegalen Holzeinschlags von rumänischen Behörden registriert, d.h. durchschnittlich 62 Fälle pro Tag.

Rumänien hat zwischen 2000 und 2011 280.000 Hektar einstmals unberührten Wald verloren, die Hälfte dieser Fläche sogar in Nationalparks und anderen Schutzgebieten. Die üblichen Verstöße gegen die rumänischen Waldgesetze sind illegale Kahlschläge, die Ausweitung des erlaubten Einschlaggebietes sowie Verstöße gegen sogenannte Pflegemaßnahmen, etwa bei Schädlingsbefall oder nach Sturmschäden. Hinzu kommt, dass in Rumänien der Prozess der Rückgabe der Wälder an ihre ursprünglichen Besitzer, die während des kommunistischen Regimes enteignet wurden, noch nicht abgeschlossen ist. Laut rumänischer Regierung gingen im Rahmen des Rückgabeverfahrens rund 20 Prozent der Wälder nicht an die wahren Besitzer zurück, sondern wurden von anderen illegal angeeignet, die diese Wälder nun ausbeuten.

Allerdings ist die Regierung daran nicht ganz unschuldig, denn mehrfach wurden Fälle bekannt, in denen sich Politiker und Regierungsbeamte

durch Bestechung und die Manipulation von Dokumenten an diesem System der organisierten Kriminalität beteiligt haben. Auch das staatseigene Unternehmen Romsilva plündert die Wälder und verfehlt seinen eigentlichen Auftrag weit, denn Romsilva ist für das Management der rumänischen Nationalparks und öffentlichen Wälder zuständig. Stattdessen ist Romsilva regelmäßig in Korruptionsskandale verwickelt und Ziel staatsanwaltlicher Ermittlungen wegen der Beteiligung an kriminellen Geschäften. Allein 2013 verdiente Romsilva 15,5 Millionen Euro durch Holz aus Nationalparks und Schutzgebieten.

Die Vorfälle in Rumänien zeigen, dass die Europäische Union im Einsatz gegen illegalen Holzeinschlag und -handel ihren Blick nicht nur auf Länder in den Tropen richten darf, sondern ihn auch nach innen richten muss. Die rumänische Regierung hat die Holzhandelsverordnung der EU noch immer nicht in nationales Recht umgesetzt und zugleich legen die Vorfälle in Rumänien eine der großen Schwachstellen der Holzhandelsverordnung offen – sie geht mit keinem Wort auf den illegalen Holzeinschlag und -handel innerhalb der Grenzen der Europäischen Union ein.



Fortsetzung von Seite 19 'Rettet Palmöl-Zertifizierung die Wälder Indonesiens?'

Verstöße vor den Zertifizierern zu verschleiern. Ende des Jahres versprach der RSPO, diesen Problemen nachzugehen. Die RSPO-Mitglieder hängen ihrem eigenen Anspruch an Nachhaltigkeit bisher deutlich hinterher. Das zeigt sich schon an den nüchternen Zahlen. Die Mitglieder produzieren zusammen 40 Prozent des weltweiten Palmöls, aber nur knapp die Hälfte davon ist zertifiziert. Und bis vor ein paar Jahren war es auch noch so, dass das zertifizierte Palmöl in Europa keine Abnehmer fand – selbst die RSPO-Mitglieder wollten es nicht haben, da es ihnen wohl in erster Linie zu teuer war.

Und auch als Verbraucher kann man sich nicht zwingend sicher sein, dass das gekaufte Produkt tatsächlich zer-

tifiziertes Palmöl enthält. Denn es gibt unterschiedliche Wege, wie zertifiziertes Palmöl auf den Markt gelangt. Es besteht durchaus die Möglichkeit, eine Mischung aus zertifiziertem und nicht zertifiziertem Palmöl unter einer sogenannten Massenbilanz zu beziehen. Solche Produkte sind an dem Hinweis „Trägt zur Herstellung von zertifiziertem nachhaltigem Palmöl bei“ und dem RSPO-Warenzeichen mit dem zusätzlichen Etikett „Gemischt“ erkennbar.

Der **anspruchsvollere Ansatz ist ein komplett identifizierbarer getrennter Handelsweg, die sogenannte Segregation**. Nach diesem System müssen Rohstoffströme von RSPO-zertifiziertem und konventionellem Palmöl von der Plantage bis zum Endprodukt von

allen Teilnehmern der Versorgungskette physisch getrennt verarbeitet und verkauft werden. Wird segregiertes Palmöl verwendet, dürfen Hersteller ihre Ware mit der Bezeichnung „Dieses Produkt enthält zertifiziertes, nachhaltiges Palmöl“ und dem RSPO-Warenzeichen ausweisen. Wie viel des Palmöls tatsächlich segregiert ist, dazu macht der RSPO keine Angaben.

Die entscheidende Frage stellen diese Siegel aber nicht: Anstatt den Ressourcen hunger zu hinterfragen oder einzuschränken, wird durch ein vermeintliches Nachhaltigkeitsiegel eine umweltfreundliche Produktion vorgegaukelt und unser Konsum legitimiert.

Illegaler Holzhandel und die Europäischen Union

■ KonsumentInnen sind immer noch nicht vor illegaler Ware geschützt

Illegaler Holzeinschlag und –handel ist ein 100-Milliarden-Dollar-Geschäft pro Jahr. Er ist eine existenzielle Bedrohung für indigene Völker und die Biodiversität und für etwa ein Fünftel der menschengemachten Treibhausgasemissionen verantwortlich – also mehr als der weltweite Schiffs-, Flugzeug-, Zug- und Autoverkehr zusammengenommen. Und Interpol geht davon aus, dass 30 Prozent aller weltweit produzierten Holzprodukte aus illegalem Holzeinschlag und –handel stammen.

Um dem illegalen Holzeinschlag und –handel Einhalt zu gebieten brachte die Europäische Union vor zwölf Jahren den Forest Law Enforcement, Governance and Trade (kurz: FLEGT)-Aktionsplan auf den Weg, mit dem einerseits die Produzentenländer aktiv unterstützt werden sollen sowie andererseits der Handel und Import illegaler Hölzer in die EU eingeschränkt bzw. verboten werden.

Pro REGENWALD begleitet diesen Prozess seit Jahren kritisch und hat immer wieder scharfe Gesetze und spürbare Sanktionen für den Handel mit illegal geschlagenem Holz gefordert. In diesem Jahr hat nun der Europäische Rechnungshof die bisherigen Bemühungen der EU unter die Lupe genommen und kommt dabei zu keinem guten Ergebnis.

Europäischem Rechnungshof sind Partnerschaftsabkommen zu teuer

Der Ansatz, die Produzentenländer über sogenannte Freiwillige Partnerschaftsabkommen (VPA) beim Aufbau und der Durchsetzung von Waldbewirtschaftungs- und Holzlizenzierungssystemen zu unterstützen, um illegalen Holzeinschlag zu vermeiden, wird dabei kurzerhand als Geldverschwendung abgetan. Die Ergebnisse für den Zeitraum 2003 bis 2013 und Ausgaben von rund 300 Millionen Euro für 35 Partnerländer seien „dürftig“, so der Rechnungshof.

Karel Pinxten, einer der Verfasser des Rechnungshofberichtes sagt beispielsweise: „Das bestehende Ungleichgewicht zwischen der ausgegebenen Summe und dem Wert des importierten Holzes aus diesen Ländern ist verrückt.“ Er bezieht sich dabei etwa auf Liberia, das 11,9 Millionen Euro erhalten hat, um gegen illegalen Holzeinschlag und –handel vorzugehen, während es aber pro Jahr nur Holz im Wert von rund 5 Millionen Euro in die

EU exportiert. Ähnliches gelte für die Zentralafrikanische Republik, die 6,8 Millionen erhielt, aber nur Holz für 18 Millionen exportiert.

Doch die Argumentation des Rechnungshofes, die ergriffenen Maßnahmen nur aufs Geld zu reduzieren und somit die Partnerschaftsabkommen als solche infrage zu stellen, greift deutlich zu kurz. Illegaler Holzeinschlag und –handel lässt sich nicht in kürzester Zeit beenden, es ist ein Marathon und bedarf langfristiger Bemühungen. Die meisten der Partnerschaftsabkommen sind vor nicht mehr als fünf Jahren abgeschlossen worden. Die Zerstörung der Wälder zu stoppen bedeutet, die Schaffung bzw. Durchsetzung von Recht und den Kampf gegen Korruption, also eine Veränderung der bisherigen Machtstrukturen. Dass dies nicht in nur ein bis zwei Jahren möglich ist, ist vollkommen unrealistisch und hat der Rechnungshof wohl übersehen.

Und natürlich geht es in manchen der Partnerländer nur sehr langsam voran, dennoch ist der FLEGT-Aktionsplan bis heute das effektivste Instrument der EU und vor allem das einzige, das die Ursachen illegaler Abholzung an der Wurzel zu packen versucht. Die tatsächlichen Zahlen belegen außerdem, dass die EU aus den 15 Staaten, mit denen VPAs abgeschlossen wurden, 80 Prozent ihres Tropenholzes im Wert von 2,45 Milliarden Euro bezieht.

Die Hausaufgaben der Europäischen Union

Das zweite Element des FLEGT-Aktionsplans ist die Holzhandelsverordnung, die seit 2013 EU-weit in Kraft ist und den Import und Handel von illegal geschlagenem Holz innerhalb der EU unter Strafe stellt. Bereits im Entstehungsprozess kritisierten Umweltorganisationen die Holzhandelsverordnung immer wieder für zu laxen Strafen und Schlupflöcher.



Der illegale Holzeinschlag hat nur unwesentlich abgenommen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam nun der Rechnungshof. Neben den völlig unterschiedlichen Strafen für Verstöße gegen die Verordnung – von 7.500 Euro in Bulgarien über 5 Millionen Euro in der Tschechischen Republik bis zu nach oben offenen Strafzahlungen in Großbritannien – hapert es insbesondere an der Umsetzung der Verordnung.

Vor fünf Jahren wurde die Verordnung von der EU verabschiedet. Bis zum Inkrafttreten 2013 blieben den Mitgliedsstaaten also rund drei Jahre Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. Mit Spanien, Griechenland, Ungarn und Rumänien gibt es aber noch immer vier Mitglieder, die die Verordnung nicht in nationales Recht überführt haben und somit als Einfallstore für illegales Holz nach Europa dienen.

Es wird also Zeit, dass die EU ihre vier Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der Verordnung drängt. Denn die EU kann nicht weiter illegales Holz in der EU dulden und gleichzeitig andere Staaten auffordern, mehr gegen illegalen Holzeinschlag und –handel zu unternehmen.

Weitere Infos / zum Weiterlesen:

www.illegal-logging.info

www.wald.org/r/cearth

www.wald.org/r/ble

www.wald.org/r/gw

Illegales Holz in Deutschland und die Frage: Sind Gitarren und andere Instrumente nicht auch aus Holz

Die Umsetzung der EU-Holzhandelsverordnung ist in Deutschland durch das Holzhandels-Sicherungs-Gesetz geregelt, das im März 2013 in Kraft trat. Die zuständige Behörde ist die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Sie kontrolliert, ob Unternehmen ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen und verhindern, dass illegales Holz auf den Markt kommt.

Seit Inkrafttreten gab es bereits Hinweise von Umweltorganisationen über illegales Holz auf dem deutschen Markt an die BLE, diese konnte offiziell bislang jedoch noch keinen Verstoß feststellen, der zu einer Strafanzeige führte. Die Zielsetzung der BLE ist die Überprüfung von 200 Marktteilnehmern pro Jahr. Seit 2013 wurden bisher (Oktober 2015) rund 350 Überprüfungen durchgeführt, von denen noch nicht alle abgeschlossen sind. In zwei Fällen wurde jedoch verdächtiges Holz aus Afrika beschlagnahmt (die Verfahren laufen noch) und bei mehr als 120 Unternehmen wurden neben der Überprüfung der Unterlagen auch Holzproben genommen. In etwa einem Drittel der Fälle wurden aufgrund leichter Verstöße gegen die Sorgfaltspflicht Belehrungen und in rund 30 Fällen Verwarnungen ausgesprochen. Diese Unternehmen müssen nachbessern und dies entsprechend in Nachkontrollen belegen, sonst wird ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen sie eingeleitet.

Die Marktteilnehmer müssen sich bei der BLE erfassen lassen. Bislang haben sich etwas über 2.000 registriert, wobei dies längst noch nicht alle Unternehmen sind und in über 100 Fällen Bußgelder von 50 Euro verhängt wurden, weil sich Unternehmen noch nicht angemeldet haben.

Ohne konkrete Zahlen zu nennen, geht die Bundesregierung bisher davon aus, dass sich der Anteil illegalen Holzes in Deutschland seit 2013 verringert hat. Und dennoch ist das Problem längst nicht gelöst: es bleiben Ausnahmen für Holzprodukte in der Verordnung; die Strafen sind nicht abschreckend genug; der von der Bundesregierung genannte

Rückgang bezieht sich auf Massivholzprodukte wie Terrassenböden, nicht jedoch für Sperrholz und nach Recherchen von Umweltorganisationen gelangt aus Südamerika und Afrika immer wieder illegales Holz auf den deutschen und europäischen Markt.

Auf EU-Ebene begann im Sommer 2015 ein Prozess zur Überprüfung der Wirksamkeit der Holzhandelsverordnung. Inhaltlich wird aller Voraussicht nach nicht viel verändert werden, denn der Schwerpunkt der Revision liegt auf dem Anhang der Verordnung, in dem die einzelnen Produktgruppen geregelt werden. Und dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Musikinstrumente sind beispielsweise ausgenommen, da sie kein klassisches Holzprodukt seien. Alleine 2013 wurden 7400 Tonnen Klaviere, 5500 Tonnen Gitarren und rund 7000 Tonnen Streichinstrumente aus Holz importiert, ohne dass sie unter die Regelung fallen.

Eine zweite wesentliche Produktgruppe ist bedrucktes Papier, also Bücher, Magazine etc. Auch sie sind bisher ausgenommen. Insbesondere aus China kommen viele solcher Artikel, aber auch Adressbücher und Briefpapier nach Deutschland bzw. in die EU. Eine der Hauptbezugsquellen für Zellstoff der chinesischen Papierindustrie sind die Wälder Indonesiens. Bis zu 90 Prozent des Tropenholzes Indonesiens wird illegal eingeschlagen und gehandelt. Zur Verschleierung der Herkunft wird es einfach als Plantagenholz deklariert. Das führt aber lustigerweise dazu, dass dreimal so viel indonesisches „Plantagenholz“ verkauft wird, wie die vorhandenen Plantagen tatsächlich hergeben.

Bei der Verabschiedung der Holzhandelsverordnung wurden diese Ausnahmen von NGOs wie Pro REGENWALD als deutliche Schwachstellen benannt. Im jetzigen Revisionsprozess plädieren die Regierungen Deutschlands, Großbritanniens und der Niederlande für den sogenannten "All in"-Ansatz, demzufolge es keine Ausnahmen mehr geben soll und alle Holzprodukte zukünftig mit einbezogen werden.



Diese Gitarre (Les Paul Studio) ist vom amerikanischen Hersteller Gibson. Ihr Körper ist zum größten Teil aus Mahagoni, das Griffbrett ist aus Rosewood.

Vor 4 Jahren ermittelten amerikanische Behörden gegen das Unternehmen und beschlagnahmten Holz im Wert mehrerer 100.000 Dollar, das Gibson illegal aus Wäldern Madagaskars bezogen hatte. Gibson stritt dies zunächst ab, musste es letztlich aber doch zugeben und über 300.000 Dollar Strafe zahlen. In Europa wäre dies nicht möglich, da aus uns nicht nachvollziehbaren Gründen die EU Musikinstrumente aus der Holzhandelsverordnung ausgeschlossen hat.

Heute schon die Welt gerettet?

■ Ein Jahr weltwärts-Freiwilligen-Dienst mit Pro REGENWALD

Die Welt retten, sie zumindest besser zu machen, ist ein ziemlich hoher Anspruch. Wir haben ihn. Den Weg dahin beginnt man mit einem ersten kleinen Schritt und es gibt dabei viele Dinge zu erkennen und zu lernen. Nicht zuletzt deshalb bieten wir jungen Menschen die Möglichkeit, für ein Jahr in Umweltschutz-, Menschenrechts- und Entwicklungsprojekte in Costa Rica und Nicaragua reinzuschmecken und sich für diese Ziele einzusetzen.

Nach zwei intensiven Auswahl- und Trainingswochen in Deutschland reisen die Freiwilligen im September nach Mittelamerika um dort gleich nochmals für einige gemeinsame Einführungstage 'anzukommen' in einer neuen Klimazone und Kultur. Danach ging es dieses Jahr dann für 16 Freiwillige im Rahmen ihres weltwärts-Einsatzes in ihr jeweiliges Projekt um den Kampf für mehr Umweltschutz und eine gerechtere Welt real kennenzulernen und ihn zu unterstützen.

In ihren Einsatzstellen sind die Freiwilligen kaum mehr wegzudenken und fester Teil der Projektplanung vor Ort. So konnte etwa durch das Engagement der Freiwilligen auf der Modellfinca 'La Esperanzita' in Nicaragua mit der Tierhaltung begonnen werden, die ohne Freiwilligeneinsatz nicht möglich wäre, da für zusätzliches Personal keine Mittel zur Verfügung stehen. Die Tiere ihrerseits sind wichtiger Bestandteil des Agroforstsystems auf der Finca, die zu Schulungszwecken für Klein- und Kleinstbauern der Region genutzt wird.

In Costa Rica schufen Freiwillige im Laufe dieses Jahres ebenfalls Bleibendes: Bruno baute eine kleine Wohnhütte, die nun nachfolgenden Freiwilligen zur Verfügung steht. Geübt hat er zuvor bei der Renovierung des Hühnerstalls seiner Gastfamilie, denn 'die Hühner wurden zu schwer für die Stange, die letzten Endes brach. Ich war dafür, dass man es ihnen dieses Mal etwas bequemer macht als davor. So richtig mit Dach überm Kopf und Stange für Stange. Also besorgten wir uns Pfosten beim Nachbar, kramten altes Wellblech zusammen und bauten eine wunderschöne Nachtstätte für Hühner.' Lennart und David hielten die Regenwaldstation der Organisation Arbofilia instand und halfen einen Pferdestall zu bauen, Celina schrieb für ihre Frauenkooperative ein Kochbuch mit Verwendungstipps der heimischen Nutzpflanzen und Katja dokumentierte

die Bewegung wilder Affen im städtischen Raum sowie den damit verbundenen Herausforderungen. Dariyo wurde sogar ein 'Bombero forestal', ein Mitglied der Feuerwehr und half mit, die gefürchteten Waldbrände im Diria-Nationalpark zu löschen und die Freiwilligen in Puerto Jimenez haben es über die Jahre hinweg geschafft, gegen die Schließung einer Bibliothek zu kämpfen und diese zu einem beliebten Ort regelmäßiger Umweltbildungs- und sozialer Events zu verwandeln.

Das weltwärts-Programm ist ein entwicklungspolitischer Lerndienst und hat weniger die Ergebnisse vor Ort im Fokus als vielmehr die Entwicklung der jungen Leute selbst (manche Freiwillige sehen das ehrgeiziger, sie wollen schon beitragen) und ihre Funktion als Multiplikatoren in Deutschland. Die meisten unserer Rückkehrer interessieren sich nach ihrem Einsatz weiter für entwicklungspolitische Themen sowie das Geschehen in ihren Einsatzländern. Dariyo berichtet etwa: *'Man kann wohl sagen, dass mich dieses Jahr nachhaltig geformt und verändert hat. Immerhin war ich, als ich nach Costa Rica kam, zwar an Nachhaltigkeit interessiert, aber ein komplettes Stadtkind. Die Zeit hier, zusammen mit verschiedenen Mentoren hat in mir erst das Interesse geweckt, mich naturwissenschaftlich näher damit zu beschäftigen.'* Viele Rückkehrer stellen große persönliche Veränderungen an sich selbst fest. So schreibt David in seinem Abschlussbericht: *'Hinsichtlich Toleranz und Offenheit hat sich das Auslandsjahr stark bemerkbar gemacht. Zum einen komme ich jetzt schneller und einfacher mit neuen Menschen in Kontakt und zum anderen kann ich gerade im Moment die Menschen nachvollziehen die aus ihrem Heimatland fliehen und sich hier völlig fremd fühlen. Ich bin froh, dass ich diese Erfahrungen machen durfte und besonders in diesen Zeiten hier davon profitiere.'*

Trotz der positiven Entwicklung in unseren Partnerprojekten und der großen Lernerfahrung der Freiwilligen wird die Umsetzung des Programms – zumindest bei gleichbleibender Qualität – für uns immer schwieriger. Der Förderbetrag für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung der Freiwilligen in den Projekten, ist so knapp bemessen, dass die Freiwilligen immer häufiger statt einer Hilfe eine finanzielle Belastung für die Projekte darstellen. Drastisch verschärft hat sich die Situation Anfang 2015 mit dem Einbruch des Euro-Dollar-Wechselkurses. Trotz der wirtschaftlichen Belastung entschieden wir uns, einen weiteren Jahrgang zu entsenden, nicht ohne wenigstens einen offenen Brief an den zuständigen



Die neue Gruppe im September 2015 im Arbofilia Projekt.

Minister Gerd Müller zu schreiben mit der Forderung, die strukturell bedingte Unterfinanzierung des Programms zu beheben sowie entsprechende politische Entscheidungen zu treffen. Ende 2015 steht nun eine Erhöhung des monatlichen Förderbetrags um rund 30 Euro im Raum. Das entspräche einer Erhöhung von 4,8 Prozent innerhalb von 8 Jahren. Im selben Zeitraum sind **die Löhne im öffentlichen Dienst in Deutschland um über 20 Prozent gestiegen - die Armutsschere hat sich weiter geöffnet**, letztendlich zur Last unserer mittelamerikanischen Projektpartner.

Letztlich werden wir uns auch bei einer Erhöhung von 30 Euro, die schon vom Wechselkurs aufgefressen wird, bemühen müssen, die Differenz zu einem Budget, das eine nachhaltige und faire Durchführung des Programms zulässt, durch Spenden einzuwerben - eine eher traurige Perspektive für ein staatlich gefördertes Programm.

Ein Jahr zwischen Aufbruch und Gleichgültigkeit

■ Trotz vieler Lippenbekenntnisse immer noch zu wenig konkrete Maßnahmen

Mit dem Pariser Klimaabkommen wollte das Jahr 2015 versöhnlich abschließen - und hat es in der Euphorie fast geschafft - für wenige Augenblicke wenigstens - die Gedanken an das Attentat in Paris und auch all die Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten, zu verdrängen. Dem aufmerksameren Beobachter hat 2015 dann doch gezeigt, dass viele Menschen nach wie vor unter Ressourcenausbeutung, wahnsinnigen Infrastrukturprojekten und untauglichen Klimaschutzmaßnahmen leiden. Und dass weder Politik noch Wirtschaft die nötigen Antworten auf die wichtigen Fragen unserer Zeit finden.

Ist es ein Zufall, dass fast 10 Jahre alte Beobachtungen auch jetzt noch zutreffen, wie die folgenden Sätze, die wir 2007 an dieser Stelle so formuliert hatten? *'Nicht nur, dass unser Denken und Handeln sich NOCH NICHT auf drastisch verändertes Wirtschaften eingestellt hat, viel schlimmer ist, dass ein Großteil der Antworten, die aus*

Politik und Wirtschaft kommen, sogar noch in die falsche Richtung weisen. Diese sind kurz zusammengefasst: Wir wollen erstens unser Wirtschaftssystem und die Lebensweise möglichst nicht in Frage stellen bzw. fundamental ändern und wir versuchen zweitens die größten Übeltäter (Erdöl, Kohle) durch eine 'grünere' Alternative zu ersetzen - womit wir bei der Bioenergie oder konkreter bei den Agrotreibstoffen angekommen sind. Ein Blick in den Kalender genügt: uns hat das neue Thema ganz schön beschäftigt. Plötzlich wollte alle Welt grün werden - und wenn man die Wirtschaftsmacht erst mal machen lässt, dann ist grün nicht mehr das, wofür es früher einmal stand. Palmöl-Plantagen oder Zuckerrohrfelder sind ab einer bestimmten Größe beim besten Willen nicht mehr naturverträglich.'

Für uns war es ein bewegtes Jahr mit vielen Bildungsveranstaltungen, Lobbygesprächen, Vernetzungstreffen, Seminaren, Workshops, Infoständen - eine Auswahl:

Einen Freund und Visionär verloren (19.01.2015) - Das Jahr 2015 begann mit einer traurigen Nachricht. Nach kurzer schwerer Krankheit ist Rolf Ruge im Alter von 61 Jahren in San José, Costa Rica, gestorben. Schon während seines Studiums der Architektur entdeckte er nachhaltiges Design als sein Thema. Er gilt als Vorreiter ökologischer Architektur in Costa Rica. In den letzten Jahren hat er vor allen Dingen dem grünen Markt 'Feria Verde' in San José Leben eingehaucht und die Vision eines anderen Wirtschaftens und sozialen Miteinanders entwickelt. Pro REGENWALD entsendet seit 2 Jahren Freiwillige zur Feria.

Vielfalt im Radio - Sechsmal im Jahr ist Pro REGENWALD mit einer selbst produzierten Radiosendung im Ökomagazin Rainbow des Münchener Bürgerradios „Lora 92,4“ zu hören. Wir berichteten über aktuelle Entwicklungen rund um den Nicaragua-Kanal, ökologische Landwirtschaft und lokale Initiativen wie Food-Sharing. Kurz vor den Sommerferien war ökologisches Reisen unser Thema und wir gingen einerseits auf die Auswirkungen des Tourismus auf Klima und Umwelt ein und stellten Alternativen vor. Wir ließen unsere weltwärts-Freiwilligen in zwei Sendungen zu Wort kommen. Sie schilderten ihre Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen vor ihrem einjährigen Auslandsaufenthalt, während in einer zweiten Sendung Rückkehrer über ihre Erfahrungen von vor Ort

berichteten. Und natürlich durfte das Thema Klima dieses Jahr nicht fehlen, weshalb wir einen Blick auf bisherige Klimaverhandlungen und ihre Ergebnisse warfen und was die Erwartungen für Paris sind.

Infostände - Der direkte Kontakt mit den Menschen ist wichtig, um über Themen zu informieren, um Mitmacher und Unterstützer zu finden, Unterschriften zu sammeln, Kritik entgegenzunehmen oder eine Tombola zur Unterstützung unserer Projekte zu veranstalten. In diesem Jahr waren wir u.a. zweimal beim Münchner Streetlife-Festival und beim Tollwood. Darüber hinaus am Internationalen Tag der biologischen Vielfalt bei der Regenwaldausstellung in Rosenheim, beim Infotag Eine Welt im Bayerischen Landtag sowie den developmentpolitischen Börsen in München und Augsburg.

Kaffee von und für Nicaragua (Februar) - Jedes Jahr im Februar findet in Nürnberg die weltweit größte Messe für ökologische Konsumgüter statt. Der ideale Ort also, um die dort vertretenen Händler, Produzenten und Besucher über die Situation der Kleinbauern und der ökologischen Landwirtschaft in Nicaragua aufmerksam zu machen, die vom geplanten Nicaragua-Kanal existenziell bedroht sind. Zwei unserer Ehrenamtlichen waren in Nürnberg, um die Leute zu informieren und Unterstützer zu finden. Dabei entstand u.a. die Idee eines Solidaritäts-Kaffees, von dessen Kaufpreis ein Teil zur Unter-

stützung des Widerstands gegen den Kanal verwendet wird. Zu erwerben ist er unter www.cafe-chavalo.de.

Biomasse vs. Wald (Februar) - Seit Jahren boomt Biomasse für Heizkraft und Verstromung. Die Folgen für die Wälder sind weltweit erheblich. Bei einem dreitägigen Workshop und Vernetzungstreffen in Berlin stand Biomasse daher im Mittelpunkt der Diskussion. Aus den USA berichteten Vertreter der NGO „Dogwood Alliance“ von der verheerenden Situation der Wälder im Südosten der USA und wie sie unter Europas Biomasse-Boom zu leiden haben. Weitere Schwerpunkte waren die anhaltenden Probleme mit illegalem Holzhandel, die Situation borealer Wälder in Skandinavien, der Nicaragua-Kanal und Wälder in den Klimaverhandlungen (REDD+).

Wo man hinschaut Freiwillige - Über das ganze Jahr hinweg halten uns weltwärts-Freiwillige auf Trab. Neben der Betreuung und Begleitung ihres Einsatzes vor Ort in Costa Rica und Nicaragua sind Auswahl-, Vor- und Nachbereitungseminare mit den Freiwilligen in Deutschland elementare Bausteine eines erfolgreichen Dienstes. Bei zwei Rückkehrerseminaren im Januar und Dezember, zwei Auswahlseminaren im März und Juni sowie einem neuntägigen, intensiven Vorbereitungsseminar im August hat Pro REGENWALD dieses Jahr über 40 Freiwillige umwelt-, entwicklungs- und kulturell weitergebildet.

„Grüne“ Energie auf wessen Kosten (21.04.2015) - Mit mehreren NGOs aus Deutschland lud Pro REGENWALD zur Veranstaltung „Staudammprojekte in Brasilien und Honduras - und die Rolle europäischer Konzerne“ in die Münchener Seidlvilla ein. Andrea Lammers vom Öko-Büro in München und die Brasilianerin Verena Glass von der Widerstandsbewegung gegen Belo Monte berichteten von umstrittenen Staudammprojekten, dem Widerstand dagegen und wie sich die beteiligten Unternehmen verhalten und diskutierten mit den Besuchern.

Münchener Unternehmen und die Staudämme - Seit mehreren Jahren ist Pro REGENWALD gemeinsam mit anderen Organisationen bei den Aktionärsversammlungen der großen Münchener Unternehmen Siemens, Allianz und Munich Re, um die Aktionäre über die Unternehmenspolitik und die Beteiligungen an umstrittenen Infrastrukturprojekten wie Belo Monte, Investitionen in fossile Energie, Bergbauprojekte usw. zu informieren, über Aktienanteile das Stimmrecht in den Versammlungen auszuüben und die Vorstände mit verursachten Problemen zu konfrontieren. Als Hauptrednerin der NGOs war dieses Jahr Verena Glass vom Movimento Xingu Vivo para Sempre gegen den Staudamm Belo Monte aus Brasilien dabei.

Auf der Flucht vor humanitären Krisen, zur sozialen Dimension des Klimawandels (3.7.2015) - Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Neuer Vorstand bei Pro REGENWALD (14.08.2015) - Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung standen neben dem Rückblick und der Bewertung zurückliegender Aktivitäten, Projekte und Kampagnen und der Vorschau die Wahl eines neuen Vorstands und eine Änderung der Vereinssatzung im Mittelpunkt. Bei der Satzungsänderung handelte es sich im wesentlichen um eine Anpassung von Inhalten und Arbeitsschwerpunkten. Mit Simone Hörner und Annette Wächter wurden zwei Vorstandsmitglieder in ihrem Amt bestätigt, neu in den Vorstand gewählt wurden Sarah Perchtold, Elizabeth Heller und Nikoleta Pagiati.

Pro REGENWALD vergrößert sein Netzwerk (08.09.2015) - Der Widerstand gegen Unternehmen, die

für Papier, Palmöl, Südfrüchte, Holz, Soja, Infrastrukturprojekte etc. Regenwälder und andere Ökosysteme zerstören oder Menschen vertreiben, ist seit Jahren eines unserer wichtigsten Anliegen. Daran haben auch viele Versprechungen von Unternehmen, freiwillige Selbstverpflichtungen und Verhaltenskodizes, Zertifizierungsinitiativen oder Wortungetüme wie Corporate Social Responsibility wenig bis gar nichts verändert. Gemeinsam mit anderen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen protestiert Pro REGENWALD bereits seit mehreren Jahren gegen das Staudammprojekt Belo Monte in Brasilien. Der Protest des NGO-Bündnisses bei den beteiligten deutschen DAX-Konzernen Munich Re, Siemens und Allianz wird vor allem vom Dachverband der Kritischen Aktionäre getragen und inhaltlich maßgeblich begleitet. Der Dachverband nutzt die jährlichen Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften, um gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen auf soziale, ökonomische und ökologische Missstände bei den Unternehmen bzw. in ihrer Firmenpolitik aufmerksam zu machen und öffentlichen Druck zu erzeugen. Seit dem 8. September ist nun auch Pro REGENWALD Mitglied im Dachverband der Kritischen Aktionäre.

REDD und (k)ein Ende? (21.10.2015) - Veranstaltung der Böll-Stiftung; Details siehe Seite 6

Indigene und das Klimaabkommen (20.11.2015) - Im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris zeichnete sich ab, dass indigene Völker und deren Belange bei den Klimaverhandlungen einen schweren Stand haben und nur unzureichend berücksichtigt werden. Die Informationsstelle Peru und das Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie Infoe luden zu einem Workshop nach Köln ein, um über Klimaschutzziele zu diskutieren und wie sie mit indigenen Völkern erreicht werden können.

Kanal rund um die Uhr (November) - Das zweite wahnwitzige Großprojekt, das uns in diesem Jahr neben Belo Monte beschäftigte, war der Nicaragua-Kanal. Auch die Nicaragua-Konferenz des Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal wurde von diesem Thema beherrscht. Über 60 Teilnehmer aus Deutschland und Nicaragua, Gegner und Befürworter, diskutierten an zwei

Tagen und bis tief in die Nacht über die Rechtslage, die aktuelle Entwicklung, die Chancen und Risiken für das Land, die Bevölkerung und die Umwelt und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten denkbar wären.

Raus aus der Kohle (24.11.2015) - Um der Klimaerwärmung Einhalt zu gebieten ist ein Umdenken notwendig: Das Verfeuern fossiler Energie muss ein Ende haben! Gemeinsam mit der Organisation urgewald protestierte Pro REGENWALD vor dem Sitz der Allianz in München, um sie aufzufordern, ihre Investitionen im Kohlesektor nicht nur zu überdenken, sondern tatsächlich auch zu beenden. Die Allianz sicherte zu, ihr Engagement im Kohlesektor deutlich zurückzufahren.

Raus aus der Kohle - Teil II - Im November fand die Gründungssitzung des Münchener Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“ statt. Ziel des Bündnisses aus Münchener Organisationen, Vereinen und Parteien - denen auch Pro REGENWALD angehört - ist ein Bürgerbegehren, um das Steinkohlekraftwerk der Stadtwerke München im Norden der Stadt vorzeitig stillzulegen, da es für 17 Prozent der Münchener CO₂-Emissionen verantwortlich ist.

Der Nicaragua-Kanal - Ausverkauf oder Entwicklungsmodell? (26.11.2015) - Unter diesem Titel veranstalteten das Ökumenische Büro und Pro REGENWALD eine gemeinsame Abendveranstaltung, um mit Saul Obregon aus Nicaragua und den Besuchern die Auswirkungen des Kanalbaus auf die kleinbäuerliche und indigene Bevölkerung sowie die Umwelt zu diskutieren.

Was passiert, wenn fossile Energie nicht im Boden bleibt (30.11.2015) - Vor vielen Jahren hat der Ölkonzern Texaco im ecuadorianischen Regenwald Erdöl gefördert. Dabei hat der Konzern - dessen Rechtsnachfolger inzwischen Chevron ist - eine riesige Umweltsauerei verursacht. Land- und Wasserflächen sind durch giftiges Abwasser, ausgelaufenes Rohöl, Giftmüll und durch das Abfackeln von Gas stark verseucht. Pablo Fajardo, Anwalt, berichtete in einer Abendveranstaltung vom Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung und auch von kulturellen Verwerfungen durch die Ölexploration im Regenwald.

Buchbesprechungen

Alles grün, alles gut?

Seit Jahren fordern Umwelt- und Klimaschützer aus aller Welt, die Wirtschaft müsse nachhaltiger und ökologischer, kurz: grüner, werden. Das Konzept der „Grünen Ökonomie“ bietet nun ein solches Leitbild an. Die bisher prägenden Inputs dazu stammen aus den Federn von Weltbank, OECD und wirtschaftsnahen Think Tanks und sie fokussieren sich vor allem auf großtechnologische Innovationen.

Aber ist ein Umsteuern allein mit Effizienz und technologischer Innovation die Lösung, wenn sie den Konsum nur weiter anheizt? Wird mit mehr Markt tatsächlich alles gut? Was bewirkt grünes Wachstum, wenn gleichzeitig die Emissionen aus der Nutzung fossiler Energieträger weiter steigen? Und ist die Ausweitung von Marktmechanismen geeignet, den Klimawandel und den Raubbau an der Natur zu stoppen?

Das Buch unterzieht die Grüne Ökonomie einer kritischen Prüfung, testet ihre Versprechen, erörtert ihre Möglichkeiten, beschreibt die tatsächlichen Konsequenzen, nennt ihre blinden Flecke – und skizziert einen Weg, um globale Krisen auch unter sozialen Gesichtspunkten zu meistern.

Thomas Fatheuer/Lili Fuhr/Barbara Unmüßig: **Kritik der grünen Ökonomie**; oekom Verlag.

Die größte Geschichte...

Es gibt Menschen, die entscheiden anhand des ersten Satzes, ob sie ein Buch lesenswert finden. Für all jene führt an Hans Joachim Schellnhubers Buch über die Klimapolitik der vergangenen 30 Jahre kein Weg vorbei. Der renommierte Klimaforscher und Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung selbst bezeichnet das Buch als sein „Lebenswerk“. Auf rund 800 spannenden, informativen und lesenswerten Seiten zieht er nüchtern die Bilanz seiner Arbeit zu Klimaforschung und Klimaschutz. Das Buch bietet ein riesiges Fachwissen, den neuesten Forschungsstand, eine Wirtschafts- und Technikgeschichte sowie aufschlussreiche Hinweise auf eher unbekanntere Gründe für das Stocken des Klimaschutzes. Kritisiert werden

muss allerdings, dass ausgerechnet das eigene Konsumverhalten so wenig problematisiert wird. Ach ja, der erste Satz: „Dieses Buch handelt von der größten Geschichte aller bisherigen Zeiten.“

Hans Joachim Schellnhuber: **Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff**; C. Bertelsmann Verlag.

Ist der Wald noch zu retten?

Claude Martin ist Biologe und ehemaliger Generaldirektor des WWF. Er kennt sich mit Regenwäldern also sehr gut aus. Und sein Buch „Endspiel“ belegt dies auch eindrucksvoll. Ausführlich, detail- und faktengetreu schildert Martin den Zustand der Regenwälder, nennt die treibenden Kräfte seiner Zerstörung, geht auf die Bedeutung der Artenvielfalt ein und nennt mögliche Strategien, wie die Wälder doch noch zu retten sind. An dieser Stelle gehen unsere Meinungen dann aber doch auseinander, da Martin ein wenig zu sehr auf bewährte - umstrittene - Strategien von oben herab setzt, wie u.a. Zertifizierungssysteme wie FSC und RSPO, die beschleunigte Umsetzung von REDD+ oder Kooperationen mit Weltbank und Unternehmen.

Claude Martin: **Endspiel. Wie wir das Schicksal der tropischen Regenwälder noch wenden können**; oekom Verlag.

Was unser Konsum anrichten kann

Wirtschaftswachstum und überbordender Konsum, so die frohe Botschaft der sogenannten dritten industriellen Revolution, sind gut für die Welt, solange sie innovativ und intelligent gemacht sind. Die technikbegeisterte Mittelschicht hört das gern. Doch auch der Rohstoffhunger des grünen Kapitalismus ist riesig: Kathrin Hartmann zeigt, wie selbst für nachhaltiges Palmöl, das in Biodiesel und Fertigprodukten steckt, Regenwälder gerodet und Menschen vertrieben werden. Ebenso schockierend sind ihre Recherchen in Bangladesch: Garnelen aus Zuchtbecken werden mit Öko-Siegeln exportiert, dabei wurden dafür gegen den Willen der Bevölkerung Reisfelder und

Mangrovenwälder zerstört. Um den eigenen Hunger zu bekämpfen, zwingt man den Bauern dort Gentechnik-Saatgut auf. Was Kathrin Hartmann von ihren Reisen nach Bangladesch, Indonesien oder El Salvador schildert, was sie gesehen und gehört hat, raubt einem den Atem.

Kathrin Hartmann: **Aus kontrolliertem Raubbau. Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren**; Karl Blessing Verlag.

Impressum

DER *News-Letter* WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edelmann, Martin Glöckle, Robert Ebersberger, Elizabeth Heller, u.a.

Rückfragen, Anregungen und Kritik bitte an:

Pro REGENWALD

Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622
e-mail: info@pro-regenwald.de
www.pro-regenwald.org
www.raubbau.info, www.diewaldseite.de

Postbank München

IBAN DE41 7001 0080 0149 0708 00

Bank für Sozialwirtschaft München

IBAN DE84 7002 0500 0008 8195 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft

Blicke ins Büro

Jedes Jahr aufs Neue kommen (junge) Leute in unser Büro, um nach dem Abitur und vor dem Studium erst einmal etwas Praktisches zu machen, sich nach dem Bachelor-Abschluss zu orientieren oder aber, um uns einfach eine zeitlang zu unterstützen und sich aktiv für den Waldschutz einzusetzen.

Darüber hinaus kommen gelegentlich auch AktivistInnen oder von der Regenwaldzerstörung Betroffene zu Besuch um ihre Situation vorzustellen oder Strategien zu diskutieren. Die folgenden Ausführungen sind beispielhafte Einblicke ohne Anspruch auf Vollständigkeit.



Dominique (24) kam gleich zu Beginn des Jahres aus Ratingen zu uns. Die Studentin der Geographie und der Sozialpolitischen Umweltwissenschaften widmete sich intensiv den Recherchen zum Nicaragua-Kanal. Die

Ergebnisse brachte sie in die Radio-Arbeitsgruppe ein, die im Frühjahr eine Sendung zum Thema produzierte. Außerdem besuchte sie zusammen mit einer unser FÖJlerinnen die BIOFACH in Nürnberg und kontaktierte dort zwei Tage lang Händler, Produzenten und Kunden, um sie als Partner für www.diewaldseite.de zu gewinnen und über den Nicaragua-Kanal zu informieren. Bevor sie selbst als Freiwillige nach Bolivien entschwand, half sie auch noch bei der Durchführung eines Seminars für die weltwärts-Freiwilligen.



Zeitgleich war die Münchenerin **Yvonne** (24) bei uns. Ihr Bachelor in Geographie und ihre Spanischkenntnisse waren gute Voraussetzungen zur Recherche rund um den Nicaragua-Kanal. Sie arbeitete außerdem in der Radio-Arbeitsgruppe mit und erstellte eine Präsentation zum Kanal. Nicht zum Kanal, sondern zum Staudamm Belo Monte und Wasserkraft hielt sie bei einer Bildungsver-

anstaltung einen Vortrag und half bei der Organisation und Durchführung von Protestveranstaltungen gegen den Staudamm.

Im Sommer stieß die Münchner Studentin des 'Management sozialer Innovationen' **Malin** (19) zu Pro REGENWALD und widmete sich neben der Akquise von Gewinnen für unsere Regenwald-Tombola beim Tollwood-Festival auch der Betreuung unseres Infostandes dort. Sehr viel Zeit und Elan steckte sie in die Aktualisierung, Pflege und den Ausbau unseres Film-Archivs.



Gleich für ein ganzes Jahr hat sich **Alina** (18) im Rahmen eines Freiwilligen Ökologischen Jahres aus Castrop-Rauxel nach München aufgemacht und sich auf den Regenwald einge-

lassen. Neben den alltäglichen Arbeiten, wie der Beantwortung allerlei telefonischer Anfragen, ist sie zum Thema Papierreduktion und Recyclingpapier in Schulen unterwegs und informiert Schülerinnen und Schüler über die Auswirkungen unseres Papierkonsums. Und sie hat für unsere Winter-Tombola Sachspenden noch und nöcher aufgetrieben, nicht zuletzt eine Waschmaschine und eine Gitarre.



Die Münchener Abiturientin **Mardou** (18) war im Herbst und Winter hier und hat die Tombola-Arbeitsgruppe auf der Suche nach attraktiven Gewinnen unterstützt. Außerdem hat sie zu Palmöl recherchiert

und war in ganz München unterwegs, um Copy-Shops zu Recyclingpapier zu befragen und sich mit ihnen zu streiten.

Mona (18) aus Hamburg hat im Herbst zu Pro REGENWALD gefunden - und erstaunlicherweise ist sie nicht zu uns gerudert. Die Ruder-Leistungssportlerin hat mit Mardou und Alina zusammen die Gewinne für die Regenwald-Tombola organisiert und die Tombola auch durchgeführt. Darüber hinaus war Mona mit der Akquise von Unterstützern der Waldseite beschäftigt und hat beim Einpacken der Weihnachtspost geholfen. Ihr Einsatz als Köchin beim Rückkehrer-Seminar der weltwärts-Freiwilligen hat ihr so gut gefallen, dass sie sich entschlossen hat, im kommenden Frühjahr oder Sommer selbst für einige Wochen als Freiwillige nach Costa Rica zu gehen.



Ende November war **Pablo Fajardo**, Rechtsanwalt aus Ecuador, bei uns zu einem Informations- und Gedankenaustausch zu Besuch. Im Vordergrund standen dabei die Möglichkeiten einer

zukünftigen Zusammenarbeit und Unterstützung sowie die Vermittlung weiterer Kontakte. Pablo Fajardo vertritt eine Indigenen und Bauerngemeinschaft, die von dem Mineralölkonzern Chevron Wiedergutmachung für die im Amazonasgebiet verursachten sozialen, kulturellen und Umweltschäden fordert. Zudem führen sie weitere Prozesse, um auf das Vermögen des Konzerns Zugriff zu erhalten. Die Anwälte der Betroffenen haben 2014 am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen den Chevron-CEO eine Klage eingereicht. Chevron müsste laut dem Urteil des Obersten Gerichtshofs in Ecuador 9,5 Milliarden Dollar zahlen, doch seit dem Urteilspruch hat der Konzern über 2.000 Anwälte und Experten eingesetzt, um jeder gerichtlichen Entschädigungsaufgabe zu entgehen.

Waldschutz konkret

Patenschaften für Umweltarbeiter und AktivistInnen

Patenschaften machen einen Unterschied: Sie unterstützen wirksam und konkret die Projektarbeit und lassen zugleich den Paten/die Patin eng mitfühlen bzw. an der Schutzarbeit teilhaben. Seit 2012 organisieren wir Patenschaften zur Unterstützung von Umweltarbeitern und AktivistInnen in unseren Partnerorganisationen.

Aus unzähligen Gesprächen mit unseren Projektpartnern wissen wir: Umweltarbeiter und AktivistInnen in die Lage versetzen, dass sie überhaupt erst mal ihre Arbeit zum Schutz der Wälder und gegen den Klimawandel machen können, ist eine bisher etwas vernachlässigte Aktionsform. Das wollen wir mit Ihrer/Deiner Hilfe ändern.

Wir sind durch Zufall dazu gekommen. Die Finanzierung des Arbofilia-Mitarbeiters Giovanni war kurzfristig ausgefallen und er hätte entlassen werden müssen. Glücklicherweise hatten auf einen Spendenaufruf hin sowie die UnterstützerInnen reagiert, dass wir das erste Jahr halbwegs gesichert übernehmen konnten.

Giovani ist der Allrounder bei Arbofilia. Er pflanzt Bäume, pflegt und düngt die früher schon gepflanzten, er sammelt Samen und versorgt die Pferde. Ohne Giovanni läuft nichts. Und wenn Freiwillige aus dem Ausland oder auch aus Costa Rica mitarbeiten wollen, zeigt er ihnen, wie man die Machete einsetzt, ohne sich selbst zu verletzen und bringt ihnen bei, welche Baumarten man aus welchem Grund zuerst pflanzt.

Giovani muss aber auch (über)leben können mit seiner Arbeit für den Regenwald. Er hat Familie, eine Frau, zwei Kinder, von denen eins noch zur Schule geht. 2012 und 2013 waren gute Jahre. 2014 schafften wir das Jahresziel dank der großzügigen Entscheidung der Klara Haug Umweltstiftung, einen Teil des drohenden

Defizits zum Jahresende durch eine Spende auszugleichen.

Der Erfolg über die Jahre hat uns mutig gemacht. Das Patenschaftsprogramm soll weiterlaufen und es soll größer werden - wir könnten sofort ein paar mehr Umweltarbeiter und AktivistInnen fördern. Ab 2015 hätten wir uns gewünscht, die Finanzierung für drei Mitarbeiter und AktivistInnen übernehmen zu können und dadurch - künftig dann auch in Nicaragua - zur Planbarkeit und Beständigkeit der Projekte beizutragen. Anstelle 400 Euro monatlich sollten 1.400 Euro monatlich über Patenschaften mobilisiert werden.

Höchste Priorität wird weiterhin die Stelle von Giovanni haben. Er ist der wichtigste ständig präsente Vertreter von Arbofilia, er ist täglich Ansprechpartner und Anleiter der Freiwilligen und er kann am besten mit Tieren und Pflanzen.

Weil so ein Projekt die Berichterstattung, Außendarstellung und Antragstellung aber nicht dauerhaft ehrenamtlich machen kann, soll ergänzende

Finanzierung helfen, auch diesen wichtigen Bereich zu professionalisieren. Und ähnlich ist

es bei unseren Partnern in Nicaragua: ohne ausreichende Finanzierung lassen sich langfristig auch die für die Sache motiviertesten Mitstreiter nicht halten. Umwelt- oder Waldschutz und die Ein-

führung nachhaltiger Wirtschaftssysteme sind noch auf externe Finanzierung angewiesen.

Wer Interesse an der Unterstützung konkreter Arbeit zum Waldschutz hat und von Deutschland aus mehr beitragen mag als auf seinen regenwaldfreundlichen Konsum zu achten, der liegt mit einer Patenschaft richtig.

Im Schnitt kalkulieren wir eine Monatspatenschaft zu 466 Euro. Vielleicht findet sich eine Schulklasse, die einen ganzen 'Mannmonat' Pate sein mag und so lange sammelt bis der Betrag beieinander ist. Oder eine Fussballmannschaft wirft einen Monat lang das Kleingeld zusammen. Oder ein Banker gibt für zwei Monate von seinem Bonus ab ... Solidarität kennt keine Grenzen und sie geht auch gestückelt.

Denn Pate werden kann jede/r: egal, ob jemand monatlich 20 Euro beisteuern will oder 72,75 oder gar 466 Euro einmalig (beispielsweise alles für einen vollen Monat) zahlen kann - jeder Beitrag hilft und wird auf unserer Website genau dokumentiert. Wir werden auflisten, was angekündigt wird, was eingegangen ist - und auch wieviele mitgeholfen haben.

Wir bieten auf Wunsch weitere Informationen über das Projekt - und es gibt natürlich eine Spendenquittung (automatisch bei einem Spendenbetrag ab 50 EUR).

Mitmachen, Pate oder Patin werden

Entweder online unter www.pro-regenwald.de/patenschaft oder telefonisch (089-359 8650) um das Anmeldeformular bitten.

Geeignet für Privatpersonen, Unternehmen, Schulklassen, Sport- oder Kirchengruppen ... und insbesondere frischgebackene Lottomillionäre.

